Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 49 Morgen-Ausgabe. Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt Sonnabend, den 30. Januar 1864.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum **Abonnement** für die Monate **Februar** und **März** ergebenst ein.

Der Abonnementspreis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 Thlr. 10 Sgr., auswärts inclusive des Portozuschlags 1 Thlr. 21¼ Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Diejenigen, welche dieses neue Abonnement benützen wollen, den Betrag von 1 Thaler 21¼ Sgr. **direct und franco an uns einzusenden,** wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlichst der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Breslau, den 26. Januar 1864.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Telegraphische Depesche.

London, 29. Jan. Die „Morningpost" erklärt: Alle neuestens umlaufenden Gerüchte von Ministerkrisen und von Russell's Resignation sind vollständig grundlos. — Der „Herald" dagegen versichert, Russell habe bereits resignirt. (Wolff's T. B.)

(Ferner eingetroffene telegraphische Depeschen siehe unter Abendpost.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 29. Jan., Nachm. 2 Uhr. (Angekommen 4 Uhr 35 Minuten.) Staats-Schuldscheine 88⅛. Prämien-Anleihe 119¼. Neueste Anleihe —. Schlesischer Bankverein 102½. Oberschlesische Litt. A. 143. Oberschles. Litt. B. 132. Freiburger 123¾. Wilhelmsbahn 49½. Neisse-Brieger 79. Tarnowitzer 54¾ B. Wien 2 Monate 90¾. Oesterr. Credit Aktien 72½. Oesterr. National-Anleihe 65. Oesterr. Lotterie-Anleihe 75. Oesterr. Banknoten 81¾. Darmstädter 81. Köln-Minden 166½. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 54⅜. Mainz-Ludwigshafen 117. Italienische Anleihe 67¾. Genfer Credit-Aktien 45. Neue Russen 86¼. Commandit-Antheile 93. Russ. Banknoten 86¼ B. Hamburg 2 Monat —. London 3 Monat —. Paris 2 Monat —. Fonds matt. Aktien flau.

Wien, 29. Jan. [Anfangs-Course.] Still. Credit-Aktien 179, 40. 1860er Loose 92, 50. National-Anleihe 79, 90. London 120, 50.

Berlin, 29. Jan. Roggen: Jan. 33½, Jan.-Febr. 33½, April-Mai 33½. — Spiritus: Jan. 14 1/24, Jan.-Febr. 14 1/24, April-Mai 14¼. — Rüböl: Jan. 11, Frühjahr 11¼.

△ Die auswärtige Politik und die Geldbewilligung des Abgeordneten-Hauses.

Zu den Uebergriffen, welche sich das Abgeordneten-Haus erlaubt haben soll, rechnet Hr. v. Bismarck in der Anklageakte, mit welcher er die Verhandlungen geschlossen, auch die Verweigerung der Anleihe oder vielmehr die an diese Verweigerung geknüpften Beschlüsse, durch welche der Versuch gemacht worden sei, „die auswärtige Politik einem verfassungswidrigen Zwange zu unterwerfen".

Betrachten wir diese Anklage etwas näher.

Unter dem Ministerium Manteuffel galt bekanntlich das Dogma, daß die Leitung der auswärtigen Politik einzig und allein Sache der Regierung sei. Das Dogma galt so lange, bis das Ministerium einmal zu dieser Leitung Geld verlangte, mit andern Worten, bis Preußen in einen Conflict verwickelt war, zu dessen Lösung die Mitwirkung des Abgeordneten-Hauses durch Bewilligung einer Anleihe ganz unumgänglich nothwendig war. Da fand es das Ministerium plötzlich ganz in der Natur der Sache begründet, daß das Abgeordneten-Haus sich um die Leitung der auswärtigen Politik bekümmere. Und nicht blos in der Natur der Sache begründet, sondern auch ein Recht ist das Interesse, welches das Abgeordneten-Haus an der auswärtigen Politik nimmt.

Das jetzige Ministerium hat auch dieses Recht nie bezweifelt, dagegen aber das Verlangen gestellt, daß das Abgeordnetenhaus sich der Richtung, welche das Ministerium in der auswärtigen Politik befolgt, unterwerfen und mithin die Anleihe bewilligen müsse; werden doch die bei dieser Gelegenheit gefaßten Resolutionen des Abgeordnetenhauses geradezu „eine Parteinahme gegen das preußische Vaterland genannt!"

Jede Verfassung enthält einen Passus, in welchem es heißt: Der König hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Unzweifelhaft, denn der Staat, in welchem dieses Recht nicht existirt, ist nicht mehr ein monarchischer Staat zu nennen.

Aber in constitutionellen Staaten wird immer das eine Recht durch ein anderes begrenzt und beschränkt; dadurch unterscheidet sich eben das constitutionelle System vom absoluten. Was z. B. das Recht, Frieden zu schließen, betrifft, so enthalten fast alle Verfassungen und auch die unsrige einen anderen Passus, nach welchem Verträge, welche dem Staate oder den Einzelnen Lasten auflegen, der Zustimmung des Abgeordnetenhauses unterbreitet werden müssen; ist der Friedensschluß ein solcher Vertrag, so bedarf er, um endgiltig zu werden, der Zustimmung der Volksvertretung. Andererseits, da zur Kriegführung Geld gehört, so ist auch dazu die Bewilligung des Abgeordnetenhauses nothwendig. Das verfassungsmäßige Recht des Königs, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, wird dadurch nicht im Mindesten alterirt; nur tritt ihm ein eben so verfassungsmäßiges Recht der Volksvertretung gegenüber.

Das charakteristische Merkmal des constitutionellen Systems ist eben die Vermittelung und Annäherung der einzelnen Faktoren; treibt ein Faktor das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht auf die äußerste Spitze, so tritt ein Conflict ein, der so lange unauflöslich bleibt, bis die im constitutionellen System naturgemäß liegende Vermittelung auf die eine oder die andere Weise gelingt. Ist das constitutionelle System einmal fest begründet und erfreut es sich einer allseitigen Anerkennung, so wird der Fall, daß der eine Faktor sein Recht auf die äußerste Spitze treibt, nie eintreten, oder wenn er eintritt, so wird der betreffende Faktor allen Halt in der öffentlichen Meinung verlieren.

So kann man z. B. behaupten, und es ist bekanntlich von reactionärer Seite behauptet worden, daß der Art. 99, nach welchem alljährlich der Staatshaushaltsetat durch ein Gesetz festgestellt werden muß, lückenhaft sei, weil das Abgeordnetenhaus durch sein Veto stets das Zustandekommen des Etatgesetzes verhindere, mithin jede Regierung unmöglich machen könne. Richtig — wenn aber das Abgeordnetenhaus das thun wollte, so würde es eben sein Recht auf die äußerste Spitze treiben; in diesem Falle aber würde die Vermittelung sofort da sein, weil das Volk sicher eine solche Vertretung nicht wieder wählen würde. Wir führen den Fall nur beispielsweise an, denn bekanntlich hat unser Abgeordnetenhaus durch Bewilligung des bedeutenden Budgets von 137 Mill. sein Recht nichts weniger als auf die Spitze getrieben.

Eben so wenig mit der Verweigerung der Anleihe. Was wäre denn das für ein Recht, wenn das Abgeordnetenhaus alle und jede Anleihe unter allen Umständen bewilligen müßte? Wozu denn dann erst das Abgeordnetenhaus überhaupt um die Bewilligung angehen? Es würde ja genügen, wenn das Ministerium die Anleihe contrahirte und vielleicht später der Volksvertretung Rechnung legte.

Das Abgeordnetenhaus befand sich vollständig auf der constitutionellen Grundlage der Vermittelung, als es trotz des Conflicts dem Ministerium die Anleihe nicht verweigerte, sondern die Bewilligung derselben an gewisse Bedingungen knüpfte, und zwar an Bedingungen, in Betreff deren es sich, das Ministerium und seine Anhänger ausgenommen, mit allen Parteien Preußens und Deutschlands, mit den meisten deutschen Regierungen und Volksvertretungen in Uebereinstimmung befindet.

Wenn Preußen im Anfange dieses Jahrhunderts bereits eine Repräsentativ-Verfassung gehabt und wenn das Abgeordnetenhaus in diesem Falle der Haugwitz'schen Politik seine Bewilligung zur Contrahirung jeder Anleihe versagt hätte — giebt es heute Jemanden, welcher dieses Verfahren unpatriotisch nennen würde? Steht die That, durch welche der Vereinigte Landtag seine Bewilligung zur sogenannten Eisenbahn-Anleihe versagte, weil er nicht die verheißenen Reichsstände repräsentirte, nicht groß in der Geschichte da? Wenn das Abgeordnetenhaus dem Ministerium Manteuffel zur Durchführung der Politik Olmütz seine Mitwirkung versagt hätte, würde diese Handlung heute nach dem kurzen Zeitraum von nicht viel mehr als zehn Jahren unpatriotisch genannt werden? Sagt doch heute der jetzige Ministerpräsident selbst, daß der vom Ministerium Manteuffel infolge dieser Politik bewirkte Abschluß des londoner Vertrages zu bedauern sei!

Wir erwähnen diese Beispiele ganz objectiv ohne allen und jeden Vergleich, nur zum Beweis, daß Ministerien eben so wenig unfehlbar sind wie Volksvertretungen. Wahrscheinlich bedarf die Geschichte heute nicht einmal des Zeitraumes von zehn Jahren, um über die Politik des Ministeriums und das Verhalten des Abgeordneten-Hauses ihr unparteiisches Urtheil zu fällen.

Die Wahluntersuchungs-Commission

hat schließlich noch ihren zweiten Bericht erstattet. Derselbe ist von sehr großem allgemeinen Interesse, da er die Resultate der Thätigkeit der Commission enthält. Das Aktenstück umfaßt 125 Quartseiten und es ist ihm eine lithographirte Karte zur Veranschaulichung der Urwahlbezirks-Eintheilung des landräthlichen Kreises Osterode beigefügt.

Die Commission schließt den Bericht wie folgt:

Die angeführten speciellen Thatsachen erweisen zur Genüge, daß die von der Commission angenommene Auslegung der Ministerial- und Präsidial-Wahlrescripte die richtige sei, daß es nämlich bei den letzten Wahlen für sämmtliche preußische Beamte, sowohl die unmittelbaren als auch die mittelbaren, kein freies Wahlrecht gegeben hat; denn wo giebt es noch ein Wahlrecht, wie es in der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 Art. 70 jedem Preußen garantirt wird, wenn den Beamten zur Pflicht gemacht wird, für das jeweilige Ministerium ihre Stimme abzugeben? Wenn allen Denjenigen, welche nach ihrer Ueberzeugung etwa oppositionell zu wählen wagen sollten, angedroht wird mit disciplinarischer Verantwortung und Bestrafung? Wenn der Satz aufgestellt wird, ein Beamter könne sein Amt nicht behalten, wenn er oppositionell wähle. Diese Drohungen sind erwiesen, nicht von einzelnen, sondern von einer großen Anzahl von Unterbeamten. Diese sind nach den vorstehenden Berichten: 1) der königl. Domänen-Rentmeister Komminger, 2) der Landrath Fritze, 3) der Landrath v. Brauchitsch, 4) der Landrath v. Golz, 5) der Landrath v. Koppy, 6) der Landrath v. Gayl, 7) der Landrath v. Lattorff, 8) der Landrath v. d. Schulenburg, 9) der Landrath v. Gärtner.

Diese Drohungen sind ferner enthalten in den meisten derjenigen Wahl-Erlasse, welche von den königl. Regierungen ausgegangen sind.

Noch deutlicher tritt die Verletzung des Wahlrechts hervor in den unter B. und C. aufgeführten Fällen. Das Gesetz gestattet zwar, daß gewisse Kategorien von Unterbeamten ohne weiteres Verfahren aus dem Dienste entlassen werden können, daß aber Beamte, wie der Civilsupenumerar Gesecus, der Dr. Senftleben, der Hilfsaufseher Ludwig, der Büreau-Vorsteher Klotz, der Lehrer Dr. Schneider und Andere, welche nach den Zeugnissen ihrer Vorgesetzten eben so tüchtig in ihrem Amte als untadelhaft im Leben da stehen, wegen der freien Ausübung ihres Wahlrechts entlassen worden sind, ist sicherlich nicht im Sinne des Gesetzes. Wie kann aber noch von einem verfassungsmäßigen Wahlrechte die Rede sein, wenn Männer, wie der Erbschulze Ignée, vom Amte suspendirt, der Director Nizze und seine Collegen, ferner eine große Anzahl von Magistratsmitgliedern, Schulzen und Lehrern in Schlesien, wegen ihrer liberalen Stimmabgabe Disciplinar-Verweise erhalten; wenn Stadträthe nicht bestätigt oder mit Geldstrafen belegt werden, weil sie liberalen Wahlcomite's angehört haben! Nach der Erklärung, welche der Minister des Innern in der vierten Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 13. November 1863 abgegeben hat, könnte man zwar die Ansicht hegen, als ob die angeführten Fälle als Ueberschreitung der unteren Beamten anzusehen seien, denn der Minister bemerkt, daß er, sobald ihm das Schreiben des Landraths v. Puttkammer an den Schulzen Schuhknecht und die darin ausgesprochene Drohung mit schwerer disciplinarischer Verantwortlichkeit bekannt geworden sei, er sofort, ohne Bericht zu erfordern, an die betreffende Regierung geschrieben und gesagt habe, daß, wenn das Factum sich bestätigen sollte, er darauf aufmerksam zu machen hätte, „daß Niemand, kein mittelbarer und kein unmittelbarer Beamter, für seine Stimmabgabe irgendwie verantwortlich zu machen, am wenigsten mit einem Disciplinar-Verfahren zu bedrohen sei. Sollte sich also die Thatsache bestätigen, so habe die Regierung sofort Remedur eintreten zu lassen." — Leider aber ist kein Erfolg dieser dem Gesetze huldigenden Erklärung sichtbar geworden, denn theils haben die berichteten Verfolgungen nach der angeführten Erklärung stattgefunden, theils ist bis jetzt wenigstens kein Fall bekannt geworden, in welchem den vor der Erklärung Verfolgten eine Genugthuung zu Theil geworden wäre. Eine Erklärung, welche der Ministerpräsident in der vierten Sitzung des Herrenhauses am 19. November v. J. abgegeben hat, und zwar in Folge der Mißbilligung, welche die vorgenannte Erklärung des Ministers des Innern in jenem Hause erfahren hatte, läßt vielmehr vermuthen, daß es mit der angekündigten Remedur nicht sehr ernstlich gemeint sein kann. Der Ministerpräsident kann zwar nicht umhin, zuzugestehen, daß der vorgesetzte Beamte „eine Ueberschreitung der durch die dienstlichen Vorschriften oder durch eine richtige Auffassung der eigenen Stellung gegebenen Grenzen da, wo sie nach einer oder der anderen Seite eintritt, principiell zu rügen", aber fügt er gleichsam tröstend hinzu, die königl. Regierung sei durch ein Uebermaß von treuem Eifer nicht in dem Grade verwöhnt, daß sie nicht da, wo ein solcher vorkommt, die ehrenwerthe Quelle, der er entspringt, zu schätzen wissen werde. Es gewinnt den Anschein, daß der Minister des Innern sich dieser Anschauung des Ministerpräsidenten angeschlossen habe. Denn in der siebenten Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 23. November v. J. stellt er „den Landräthen im Ganzen und Großen das rühmliche Zeugniß aus, daß sie seinen Wahlerlaß in dem Sinne, wie er ihn aufgefaßt, wohl verstanden und befolgt haben."

Um die Stellung der Regierung bei den letzten Wahlen richtig zu würdigen, verdient hier noch das Verhalten in Erinnerung gebracht zu werden, welches sie zu den politischen Parteien beobachtet hat. Von Seiten der conservativen Partei sind die aufreizendsten Wahlaufrufe öffentlich verbreitet worden, ohne daß irgendwie dagegen eingeschritten worden wäre. Als ein Beispiel führen wir einen Wahlaufruf an, welcher Anfangs Oktober v. J. in dem „Neuen Elbinger Anzeiger" zu lesen war: „Nachdem durch die Stürme des Schandjahres 1848 über brausende Wasserwogen sichere Hände todesmuthiger Steuermänner unser Staatsschiff in den Hafen geordneter Zustände geführt und der edle Friede, die Grundlage aller Volkswohlfahrt, uns wieder befestigt zu sein schien, haben die sich mit Unrecht Fortschrittsmänner nennenden Volksbeglücker, deren Streben nach einer pöbelhaften Volksherrschaft gerichtet ist und die daher stets bei ihrem wahren Namen „Demokraten" genannt werden müssen, wieder ihre Hyder erhoben und wühlen durch Lügen, Verdächtigungen und Verdrehungen an den Fundamenten unserer neuen Staatsverfassung. So wie sie das theuere Leben unseres hochseligen Königs auf ihrer Seele haben, so legen sie auch jetzt wieder Hand an die Rechte seines allerhöchsten Nachfolgers, der seine Krone von Gottes Gnaden trägt; und da die Wahlen vor der Thür sind, so wird ein Warnungswort an alle Urwähler, sich vor jenen falschen Propheten zu hüten, die in Schafskleidern gehen, inwendig aber reißende Wölfe sind, wohl geboten erscheinen. Es gilt abermals den Kampf aufzunehmen gegen den Beelzebub und seine verteufelten Genossen; es gilt durch den gesunden Sinn des Volkes der herrschenden Demokraten-Epidemie ein Halt zu gebieten, um gegen Heiden- und Judenthum, gegen Pöbelherrschaft und Brudermord in die Schranken zu treten 2c."

Dagegen wurden liberale Wahlaufrufe auf der Stelle mit Beschlag belegt, so wie sie sich in die Oeffentlichkeit herauswagten. Am 16. September v. J. wurde eine zu Insterburg herausgegebene Flugschrift: „Zur Wahl" mit Beschlag belegt. Am 27. September v. J. wurde der „Westfälische Merkur" polizeilich mit Beschlag belegt, weil er ein Wahlprogramm des Bürgervereins zu Münster enthielt. Am 28. September v. J. wurden von der Polizeibehörde in Grottkau Ermittelungen nach einem schon verbreiteten Wahlerlasse angestellt. Am 16. Oktober v. J. wurde in Bromberg eine Ansprache an die Wähler seitens der Polizei mit Beschlag belegt. Endlich ist gegen die Abgeordneten Twesten, Forstmann und Parisius (Gardelegen) eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet, resp. beantragt worden, weil sie die Ansprache „An die preußischen Wähler" vom 12. September v. J. unterzeichnet haben; ein Ober-Staatsanwalt und ein Landrath in Pommern, ein Präsident in der Rheinprovinz sind zur Disposition gestellt worden, wie allgemein geglaubt wird, wegen ihres verfassungstreuen Verhaltens bei den Wahlen.

Aus den bereits ermittelten und Behufs der Information hinlänglich erwiesenen Thatsachen glaubt die Commission, kann sich das Haus darüber informiren, daß 1) eine gesetzwidrige Beeinflussung der Beamten, der mittelbaren, wie der unmittelbaren, stattgefunden hat; daß 2) nicht wenige Wähler, welche in einem dienstlichen Verhältnisse stehen, verfolgt worden sind und die Verfolgung noch fortdauert, und daß 3) das verfassungsmäßige Wahlrecht und die Wahlfreiheit preußischer Staatsbürger auf alle Weise durch die Maßregeln der königlichen Staatsregierung verkümmert worden ist.

Preußen.

Berlin, 28. Jan. [Dr. Waldeck.] Wie wir hören, wird bereits in der nächsten Zeit Termin zur Verhandlung über den von dem Abg. Waldeck wegen Zahlung der Stellvertretungskosten angestrengten Prozeß anstehen. Da es keinen Gesetzesparagraphen giebt, welcher für noch gegen spricht, so dürfte die Entscheidung einen ganz von der Ansicht des Richterpersonals abhängenden Ausgang nehmen. (Tribüne.)

[Anklage.] Wie man hört, beabsichtigt die Staatsanwaltschaft gegen alle diejenigen Gewerbetreibenden Anklage zu erheben, welche nachweislich mit der Verbreitung der Zeitschrift „der Volksgarten" sich beschäftigt haben. Dies soll auf Grund des § 53 des Preßgesetzes geschehen. Die Staatsanwaltschaft geht hierbei von der Ansicht aus, welche auch von der Rathskammer des hiesigen Stadtgerichts bei der Aufrechterhaltung der Beschlagnahme der hier erschienenen Nummern acceptirt worden ist, daß der „Volksgarten" seinem Inhalte und der Ausstattung nach eine mit der „Gartenlaube" identische Zeitschrift ist und daß es auf den veränderten Titel durchaus nicht ankommt. Der betreffende Fall ist im Gesetz nicht ausdrücklich vorgesehen und es dürfte jedenfalls noch zweifelhaft sein, ob der Richter, selbst wenn jene Annahme der Identität des Inhalts zutrifft, zugleich auch die Verbreiter des „Volksgartens" für straffällig erachten wird, weil ein Verbot gegen die „Gartenlaube" vorliegt. (Tribüne.)

[Schulze-Delitzsch und Wagener.] Die „Berl. Ref." theilt Folgendes mit: Nach dem Angriff, den Schulze-Delitzsch wegen des Jacobi-Lewine-Keyser'schen Handels gegen den Abgeordneten Wagener richtete, erschien es der conservativen Fraction des Hauses nothwendig, die Sache zu weiterer Aufklärung zu bringen. Der Abgeordnete von Blanckenburg trat deshalb in Beziehung zu dem Abgeordneten Schulze, für den dann der Abgeordnete v. Hennig die Verhandlung führte. Von des Letzteren Seite wurde der Vorschlag gemacht, Herr Wagener möge die bestimmte und unzweideutige Erklärung abgeben, daß er weder direkt noch indirekt an der Denunciation gegen den Geheimen Rath Jacobi einen Antheil habe. Herr Schulze würde darauf hin dann die Gegenerklärung abzugeben im Stande sein, daß, so schwer das auch angesichts der veröffentlichten eidesstattlichen Versicherung des 2c. Keyser erscheinen möge, er es doch der parlamentarischen Convenienz für entsprechend erachte, der Versicherung des Abgeordneten Wagener Glauben zu schenken. Herr v. Blackenburg opponirte jedoch bereits gegen den ersten Vorschlag, gegen das seinem Collegen Wagener zu stellende Ansinnen, und da bei dieser Gelegenheit auch eine Meinungs-Verschiedenheit zwischen den beiden Unterhändlern über das sittliche Recht der Denunciation in politisch bewegten Zeiten sich herausstellte, so verzichtete man auf weitere Verständigungsversuche.

Stettin, 28. Jan. [Beschlagnahme.] Die gestrige Abendausgabe der „Pommerschen Zeitung" ist abermals polizeilich mit Beschlag belegt, weil angenommen ist, daß der Leitartikel außer einer Beleidigung des Herrenhauses auch eine Verletzung der Vorschriften der §§ 75 und 102 des Strafgesetzbuches enthalte.

Danzig, 28. Jan. [Urtheil.] Der Fabrikbesitzer Hr. Kähler wurde heute wegen Verbreitung der Flugschrift: „Wähler in Stadt und Land" zu einer Strafe von 20 Thlr. event. 1 Woche Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 100 Thlr. beantragt. (D. Z.)

Deutschland.

Kassel, 27. Jan. [Schreiben des Ministeriums.] Der bleibende landständische Ausschuß hat auf sein an das Ministerium des Innern gerichtetes Schreiben, die Wiedereinberufung der Stände-Versammlung betreffend, folgendes (bereits telegr. gemeldete) Erwiderungsschreiben erhalten:

„Gewiß hat die allgemeine Theilnahme, welche die Verletzung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein in ganz Deutschland, und namentlich auch in Kurhessen hervorgerufen, ihre Berechtigung. Das hat die kurhessische Regierung bereits in der Eröffnungsrede anerkannt, und es liegen keinerlei Momente vor, welche Zweifel entstehen lassen könnten, daß die Regierung diese ihre Ansicht geändert habe. Es hat ihr bei ihrer Entschließung in der Bundestagssitzung vom 14. d. M. vor allen Dingen darauf ankommen müssen, die Bewohner Schleswigs, gleichwie dies bei den Holsteinern geschehen, baldmöglichst von dem Drucke der dänischen Herrschaft in einer Weise zu befreien, welche eine Spaltung im Innern Deutschlands zu verhüten geeignet erscheint. Ihren deutschen Standpunkt hat sie dabei durch den ausdrücklich gemachten Vorbehalt der Erbfolgefrage gewahrt. Auf die schleunige Entschei-

dung dieser Frage zu dringen, und dabei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß diese Entscheidung dem Rechte sein volles Genüge thue, das hält die Regierung bei der dermaligen Lage der Sache für das allein Mögliche; und deshalb kann sie in der Lage der schleswig-holsteinschen Angelegenheit keine Veranlassung finden, um den Beirath der Stände zu hören. Sollten indessen Verhältnisse eintreten, welche die verfassungsmäßige Mitwirkung der Landstände wünschenswerth erscheinen lassen würden, so wird die Regierung nicht anstehen, die alsbaldige Wiedereinberufung der Landstände zu verfügen. Kassel, 23. Januar 1864. Kurfürstliches Ministerium des Innern. gez. v. Stiernberg."

In Sachen Schleswig-Holsteins.

Aus dem Lauenburgischen. [Adresse an die Bundes-Commissare. — Die Truppendurchzüge.] Schon früher berichtete ich Ihnen, wie die anfangs sehr passive Haltung unseres Ländchens in der schleswig-holsteinisch-lauenburger Erbfolgefrage gerade durch die unglücklich angelegte Agitation von dänischer Seite und durch den unpatriotischen Beschluß der Majorität der Stände allmählich mehr belebt wurde, und wie in Folge dessen in den Städten Gegendemonstrationen stattfanden. Das nur schlummernde, aber nicht verloren gegangene deutsche Bewußtsein bedurfte nur eines äußeren Impulses, um in ganzer Kraft zu erwachen. Dies ist denn auch jetzt in vollem Maße geschehen und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch unter der Landbevölkerung. Eine Adresse an die Bundescommissare, in welcher die Lauenburger auf's Nachdrücklichste ihre deutsche Gesinnung ausdrücken, hat sich schnell im Lande verbreitet und nicht weniger als 1200 Unterschriften gefunden — eine für die kleine Bevölkerung von 40,000 Seelen gewiß beträchtliche Zahl. Als Ueberbringer derselben sind u. a. der Rittergutsbesitzer Metzner aus Niendorf und der Dorfschulze Wulff aus Pötrau am 25. Januar nach Altona abgereist. Hiermit hat die lauenburgische Bevölkerung die ihr mit Unrecht zugeschriebene Dänenfreundlichkeit auf's Glänzendste widerlegt. Dänische Sympathien dürften sich höchstens noch in den Regierungskreisen, bei einem Theile des Adels und bei einigen Geistlichen finden. Letzteren ist der ultradänische Superintendent Brömel aus Ratzeburg mit gutem Beispiel vorangegangen, indem er seine Gemeinde zur heimlichen Fürbitte für Christian IX. aufforderte, nachdem dessen Name durch die Verordnung der Bundescommissare aus dem Kirchengebete entfernt worden war. — Die österreichischen Truppen passiren täglich in 7 bis 8 Extrazügen unser Land. Für die preußischen Truppen, von denen ein Theil zu Fuß durchmarschiren wird, sind zu Marschcommissaren ernannt Herr v. Hollen in Ratzeburg und Rittergutsbesitzer v. Borries auf Waidorf, ein geborner Preuße, der sich den einzuquartierenden Truppen als Kreuzzeitungsmann vom reinsten Wasser zeigen wird.

[Auch möglich.] Wie sehr es auch von anderer Seite bestritten wird, sagt ein berliner Correspondent der „A. Allg. Z.", so muß ich doch an der Behauptung festhalten, „daß die ganze von Preußen und Oesterreich ins Werk gesetzte Operation auf einer Vereinbarung mit den Cabinetten von London und Kopenhagen beruht", und daß die Dänen bei dem Anmarsch der Preußen und Oesterreicher das Herzogthum Schleswig widerstandslos räumen werden. Sollte es gleichwohl an dem Dannewirke zu einem Conflict kommen, so würde das nur ein Beweis dafür sein, daß auch das jetzige dänische Ministerium nicht in der Lage ist, die Situation zu beherrschen. „Das Versprechen einer widerstandslosen Räumung des Herzogthums ist aber ertheilt worden."

Oesterreich.

*** **Wien**, 27. Jan. [Rüstungen zur Zehn-Millionen-Debatte. — Wirkliche und verhaltene Amendements. — Schmerling und Rechberg.] Die Regierung hat Alles aufgeboten, um morgen in ihrer besten Rüstung dem Abgeordnetenhause gegenüberzutreten. Nach allen Seiten hin hat der Telegraph gespielt, um diejenigen ihrer Anhänger nach Wien zu beordern, die momentan auf Urlaub sind. Selbst Graf Rothkirch, der neue Oberstlandesmarschall, und Graf Belcredi, der Statthalterei-Vicepräsident von Böhmen, Baron Poche, der Statthalter von Mähren, haben sich eiligst auf ihre Plätze im Abgeordnetenhause begeben müssen, obgleich sie zu Hause mit den Vorarbeiten für den Landtag um so mehr alle Hände voll zu thun haben, als z. B. Graf Rothkirch sich erst noch in die ihm theilweise unbekannten Verhältnisse einleben muß. Das Glück, oder wie Sie es sonst nennen wollen, scheint dabei dem Ministerium ebenfalls hold zu sein. Denn während der Telegraph zu dem einen Thore die Parteigenossen der Regierung hereinberuft, beordert er zum andern ihre Widersacher hinaus. Gestern Abend noch entwickelte unser berühmter Advokat Mühlfeld, der sich bereits als Redner gegen die Ausschußanträge hatte einzeichnen lassen, noch in meinem Beisein einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, ganz im Style der catilinarischen Reden: „In Erwägung, daß Oesterreich als europäische Großmacht bei der schleswig-holsteinschen Frage nur in zweiter Linie interessirt ist, als deutsche Bundesmacht aber in erster Linie den Bundesbeschlüssen Folge zu leisten hat, daß es dagegen umgekehrt in erster Linie als europäische Großmacht handelt und als deutsche Bundesmacht seinen Verpflichtungen nicht nachkommt — ist die Regierung aufzufordern, eine ganz neue Vorlage einzubringen, in der sie sich auf den Standpunkt der Bundesbeschlüsse stellt, und das zu deren Ausführung nöthige Geld verlangt." Aber heute . . . excessit, evasit, erupit, wie weiland Cicero sagt. Er hat auf das Wort und den Antrag verzichtet, weil der Telegraph ihn plötzlich zu einem unaufschiebbaren Plaidoyer über Land berufen. Nun, wie es im Liede heißt: „behüt' Dich Gott, es wär' zu schön gewesen! behüt' Dich Gott, es hat nicht sollen sein!" Ganz wird es trotzdem an einem, übrigens vergeblichen Versuche, die Herbst'sche Resolution zu verschärfen, nicht fehlen. Da die Regierung es derselben so ironisch zum Vorwurf macht, daß sie keine positiven Wünsche formulirt; da das große Publikum mit Schmerzen eine Erwähnung des deutschen Bundes darin vermißt — die übrigens Herbst nicht ohne Grund weggelassen, sondern um die Polen und Siebenbürgen zu capacitiren — will Berger diese Lücke ausfüllen. Er gedenkt die Regierung durch eine Resolution zu ermahnen, sie möge einlenken auf dem betretenen Wege und sich wieder mit der Majorität des Bundestages in Einklang setzen. Der Schwerpunkt der Situation liegt jetzt nicht mehr in dem Abstriche, sondern lediglich in der Resolution. Mit der Reducirung ist die Regierung nachgerade, wenn auch nur gute Miene zum bösen Spiel machend, einverstanden, indem sie diese Differenz durch folgendes Raisonnement aus einer prinzipiellen in eine bloße Zifferfrage zu verwandeln weiß. „Wir — und wohlgemerkt, es war Schmerling, der so im Finanzausschuß sprach; es ist der „Botschafter", der heut in einem, dem Staatsministerium kaum fremden Artikel diese Ansichten weiter ausführt — „wir begehren ja nur die Kosten für die Bundesexecution, ganz wie das Haus es haben will; die Occupation Schleswigs unternehmen wir auf unsere Verantwortung und werden über deren Unkosten in der nächsten Session unsere Vorlagen machen, also sind wir mit dem Hause ganz einverstanden, nur daß dieses vor der Hand blos die schon erfolgte Bundesmatrikular-Umlage decken will, während wir gleich für eine demnächst unzweifelhaft nachkommende Umlage Vorsorge zu treffen gedachten." Geht das Haus, wie ich bestimmt glaube, auf diese Logik ein, so dürfte sich in nicht allzu langer Frist ein Facit der Abstimmung herausstellen, das zwar die Herzogthümer wenig interessiren, für das aber, was den Deutsch-Oesterreichern zunächst am Herzen liegt, von äußerster Tragweite sein dürfte. Wir wissen jetzt, daß Schmerling sich bei den wüthenden Angriffen auf Rechberg im Finanzausschusse seines Collegen kaum ernsthaft angenommen, namentlich die Nothwendigkeit des Zusammengehens mit Hrn. v. Bismarck — auf welches der Minister des Auswärtigen auch nicht einen Schatten geworfen wissen wollte — für „bedauernswerth" erklärte, und daß die Abgeordneten alle Schläge für Rechberg aufsparten, von dem sie den Staatsminister aufs schärfste schieden. Nur dem Grafen galt der wiederholte Ruf „abtreten!"; nur ihm Giskra's Ausdruck, daß mit seiner Politik Niemand sympathisiren könne. Unter „Rechberg's Politik" aber versteht man hier viel weniger den Weg, den er in Holstein verfolgt, als die Ausnützung der Herzogthümerfrage zur Herbeiführung einer allgemeinen Reaction in Deutschland mittelst des Duumvirates Rechberg-Bismarck. Als einer bloßen subjectiven Meinung können Sie daher (falls Schmerling sich im Plenum ebenso reservirt verhält, so daß die ganze Schlappe und Blosstellung auf Rechberg lasten bleibt, während Schmerling in der Reduction des Anlehens keine ernste Differenz sieht) dem Gedanken immerhin Aufnahme gönnen, daß wir bei diesem Anlasse vielleicht den Grafen Rechberg mit Schmerlings Zustimmung los werden.

Wien, 28. Jan. [Die „Presse" hat abermals eine Ente gebracht.] Die „Wien. Abd.-Post,' meldet in hervorragender Schrift: Wir sind zur Versicherung ermächtigt, daß das im heutigen Morgenblatte der „Presse" abgedruckte Telegramm, demzufolge Preußen in Erwägung der angeblich gesteigerten Kriegseventualitäten in Wien eine Ergänzung und Erweiterung der in Bezug auf die Occupation Schleswigs abgeschlossenen Convention beantragen werde, aller Wahrheit entbehrt.

[Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Auf der Ministerbank: Rechberg, Schmerling, Ministerialrath Biegeleben, Lasser, FML. Mertens, Mecsery, Hein. Die Gallerien sind lange vor Beginn der Sitzung überfüllt. Das Centrum des Hauses ist ungewöhnlich stark besetzt; die Bänke der Linken sind leerer als sonst.

Berger überreicht eine Petition von wiener Industriellen, betreffend den Schutz des Erbrechts des Augustenburgers und die Unterstützung der schleswig-holsteinischen Sache im nationalen Sinne.

Tagesordnung: Verhandlung über die **schleswig-holsteinische Anleihe.**

Giskra giebt eine geschichtliche Skizze der schleswig-holsteinischen Frage, um darzuthun, daß es sich in derselben nicht etwa bloß um das Erbrecht eines kleinen deutschen Fürsten, sondern um viel wichtigere Dinge handle. Aus allen Verhandlungen des Bundes mit Dänemark gehe hervor, daß der Bund ein internationales Recht in Bezug auf Schleswig besitze; auch die österreichische und preußische Regierung habe diesen Standpunkt stets festgehalten. Bis zu der bekannten Erklärung vom 14. Januar 1864 haben Oesterreich und Preußen sich stets nur als Mandatare des Bundes gerirt, und niemals ihren Standpunkt als Großmächte hervorgekehrt. Oesterreich hat seine Truppen durch Preußen nach Schleswig geschickt, auf Grund einer Convention mit Preußen, deren Vorlage von der Section verlangt, von der Regierung verweigert wurde. Was die Occupation Schleswigs betrifft, so könne der Reichsrath sich unmöglich der Thatsache verschließen, daß die Regierung Geld ausgebe für eine Sache, für die kein Geld verlangt worden. Ein solches Vorgehen sei absolut unvereinbar mit den Bestimmungen der Verfassung. Zudem habe die Sache ihre schweren politischen Bedenken. Das Schisma werde zwar nicht zum Bürgerkriege führen, allein begreiflich sei es, daß die deutschen Fürsten, besorgt um ihre Existenz, eine feindliche Haltung gegen Oesterreich einnehmen, gegen den Hort der Legitimität, der jetzt über das Erbrecht eines deutschen Fürsten so gut wie vernichtend abspricht. Auch vom spezifisch österr. Standpunkte müsse man sich gegen das Vorgehen der Regierung entscheiden. Die Aktion würde voraussichtlich zum Kriege führen. Ein Ersatz der Occupationskosten von Seite des Bundes sei sehr zweifelhaft. — Man habe es nicht einmal der Mühe werth gehalten, den Reichsrath von der Aktion in Kenntniß zu setzen. Was sei das Ziel des Krieges? Die Aufrechthaltung des londoner Protokolls. — Dazu kommt noch, daß sich in der ganzen Haltung der kaiserlichen Regierung in dieser Frage jene Unbestimmtheit der Ziele wiederfindet, die als eine so folgenschwere Eigenthümlichkeit derselben in allen europäischen Fragen in neuerer Zeit hervorgetreten ist. Es liege klar vor, daß Oesterreich in eine unglückliche Combination hineingerathen ist, daß es Helfer für eine Politik geworden, die in diesem Hause gewiß kein Mitglied billigen werde. Ein Nachbarstaat braucht einen Krieg, um das große Zerwürfniß zu lösen, welches zwischen den Rathgebern des Thrones und den Vertretern des Volkes besteht. Er braucht den Krieg, damit, wenn die Waffenehre engagirt ist, der Regierung die Mittel doch nicht verweigert werden, und Oesterreich ist ein willkommener Unterstützer einer solchen Politik, wenn auch nicht ein absichtlicher, und er (Redner) müsse sagen, daß Oesterreich mit reichen Zinsen das zurückzahlt, was es Preußen in der Convention von Olmütz angethan hat. Dort hat Fürst Schwarzenberg Preußen genöthigt, seine Bataillone mit der Exekutionsarmee nach Schleswig-Holstein marschiren zu lassen, wo Schleswig-Holstein das siegende Banner der Befreiung vom dänischen Joche getragen hat. Jetzt wird mit reichen Zinsen Olmütz zurückgezahlt, wo wir mit 25,000 Mann eine Politik vertreten, die dem preußischen Premier und der preußischen Regierung willkommener ist, als es uns irgendwie nahe liegt. (Bravo! Bravo!) Was sollte nun Angesichts dieser Thatsachen der Ausschuß thun und was soll das Haus thun? Kann und soll das Haus Angesichts solcher Vorgänge stillschweigen, soll es die Augen verschließen und so wichtige, in das Verfassungsleben und in die materielle Wohlfahrt des Reiches eingreifende Acte einfach übergehen? Das kann nicht in der Intention des Hauses liegen. Man kann daher den Vorgang nur billigen oder mißbilligen, ein Drittes gibt es nicht; man kann nicht halb billigen, halb mißbilligen. Für die Billigung konnte sich der Ausschuß nicht erklären und darum schlug er jene Resolution vor, wonach beantragt wird, daß das hohe Haus ausspreche, es könne in dem von der Regierung gewählten Vorgange keinen, den Weltfrieden sichernden Weg, keinen, den Interessen Oesterreichs zusagenden Weg erkennen, müsse daher die Verantwortlichkeit für eine derlei Thätigkeit von sich ablehnen, ein Antrag, der so milde als möglich ist, indem man alle Rücksichten auf alle Factoren, die bei uns thätig sind, in vollem Maße Rechnung getragen hat, ein Antrag, der scheinbar negativ, aber doch positiv sagt, daß der eingeschlagene Weg nicht richtig ist, und da man in der Widerverständigung mit den deutschen Staaten die Frage wo möglich in Frieden löse, und daß wir von den Drangsalen des Krieges, welche die Regierung mit dem gegenwärtigen Schritte nach der Ueberzeugung des Ausschusses ohne Noth hervorgerufen hat, baldmöglichst wieder befreit werden. (Lebhafter Beifall.)

Gegen die Ausschußanträge sind eingetragen: Berger, Graf Brints, Baron Tinti, Sartori, Graf Hartig, Brosche, Baron Pratobevera, Baron Poche, Graf Walterskirchen — für dieselben: Brinz, Rechbauer, Kuranda, Skene, Schindler, Herbst, Gschnitzer, Graf Eugen Kinsky, v. Kaiserfeld.

Regierungs-Commissar von Biegeleben resumirt die Ausstellungen, welche der Ausschußbericht erhebt. Oesterreich konnte als europäische Macht sich unmöglich der Majorität des Bundestages unterordnen, es hätte dies nur thun können, wenn es entschlossen war, den Beschluß den Großmächten gegenüber zu vertreten, und dies war nicht möglich, wegen der zweifelhaften Rechtsverhältnisse. Zwischen den Rufen „Deutschland bis zur Königsau" und „Italien bis zur Adria" liege eine verhängnißvolle Verwandtschaft. — Ohne dem gemäßigten Einfluß Oesterreichs und Preußens wäre der Krieg längst entschieden, und nur so war es möglich, einen weiter gehenden Beschluß zu verhindern. Am 14. Januar sei schon Alles reif gewesen, um den Beschluß zu fassen, Schleswig zu occupiren und dem Herzoge von Augustenburg zu übergeben, was Conflicte mit anderen europäischen Mächten unvermeidlich gemacht hätte. Oesterreich und Preußen haben den Bund aufgefordert, nachdem die Execution in Holstein vollzogen war, nunmehr auch Deutschland wegen Schleswig Recht zu verschaffen. Dazu waren Oesterreich und Preußen ganz vorzugsweise berufen, und es sei zweifelhaft, ob der Bund für sich allein diesen Beschluß hätte fassen können. Man sagt, Oesterreich habe diesen Weg nicht wählen sollen, weil es damit der Politik einer anderen Macht Vorschub leiste. Alle Streitigkeiten zwischen den beiden Mächten hatten den Charakter, daß sie Österreich nöthigten, um der Erhaltung seiner deutschen Stellung willen so zu handeln, wie es gehandelt hat; Oesterreich werde seine deutsche Stellung behaupten, ja auch gegen Preußen. Sofern diese Stellung nicht angegriffen wird, werde es gern und willig jederzeit dem preußischen Staate die Bruderhand reichen, und er gestehe, es sei ein Resultat, das nicht zu unterschätzen ist, daß in diesem Augenblick österreichische Bataillone friedlich und vereint mit Preußen ziehen. Die Regierung gebiete nicht über den Erfolg, es gebe keine Berechnung, die nicht getäuscht werden könne, sie könne aber hoffen, daß der Erfolg ihre Erwartungen krönen werde, und er hoffe, daß der Ruf der österreichischen Regierung als einer ehrliebenden und deutschgesinnten hell und blank aus dieser Probe hervorgehen werde. Um so begreiflicher sei also ihr Wunsch, diese Probe in vollem Einklang mit Preußen zu bestehen. (Beifall im Centrum; Widerspruch links).

Dr. Berger (gegen den Commissionsantrag): Um Mißverständnissen vorzubeugen, erkläre er, er sei nicht gegen den Standpunkt des Ausschusses. Er schwärme nicht für den Herzog von Augustenburg, besonders seit derselbe den gewissen Schreibebrief absandte, aber höher stehe ihm das Recht des Augustenburgs, wenn ein solches besteht, denn dieses ist das Recht der Herzogthümer und somit Deutschlands. Jede deutsche Frage sei aber auch eine österreichische und müsse von österreichisch-deutschem Standpunkte beleuchtet werden. In eine Kritik der Regierungspolitik eingehend, erklärt Redner: Die Form des Bundes sei zerstört und werde sich nicht wiederherstellen lassen. In Betreff der Alliance mit Preußen, sagt Redner, die Truppendurchzüge hätten gezeigt, daß das preußische Volk keine Antipathie gegen Oesterreich hatte, und wenn es solche hatte, wurde sie zur Sympathie erwärmt. Aber Bismarck, der jetzt Preußen ist, sei ein Feind Oesterreichs, und mit ihm dürfe die österreichische Regierung, die in dem Staatsminister so glänzend repräsentirt ist, nicht gehen. Die Regierungspolitik könne also nicht als solche bezeichnet werden, die den Frieden sichert. In Folge dieser Politik werde Oesterreich wieder isolirt dastehen, denn von Preußen werde es bei Seite geschoben werden, sobald man es nicht mehr brauche. Abgesehen von dem Rechtsstandpunkte, habe Oesterreich, wie man es sich bloß als Großmacht denkt, an der Integrität Dänemarks gar kein Interesse. Er sei überzeugt, Preußen hätte allein nicht agirt und hätte, wenn Oesterreich in Verbindung mit den Mittelstaaten Bundespolitik getrieben hätte, sich auch fügen müssen. Redner wendet sich dann gegen die Ausschuß-

---

Der Stadtschreiber von Liegnitz.

Historischer Roman
von
Ludwig Habicht.

VI. Kapitel.
(Fortsetzung.)

„Hedwig!" begann jetzt Jagula in fliegender Hast: „er will Frieden machen mit uns, er will Dir dienen, treu und ehrlich, stoß' ihn nicht zum zweitenmale zurück!" und das schöne Mädchen erhob wie flehend ihre Hände. Mehr bedurfte es nicht — was Hedwigs Zorn vollends aufstachelte, war gerade ihre Eifersucht, ein Blick hatte hingereicht, ihr das zärtliche Verhältniß der Beiden klar zu machen, und mußte sie den Stadtschreiber von sich stoßen, so sollte auch Jagula nicht sich seines Besitzes erfreuen, und sie entgegnete hastig: „nein, nein, das ist zu spät! nach diesem Schimpfe giebt es keine Versöhnung mehr zwischen uns!" Vielleicht hätte doch ein Wort des Stadtschreibers genügt, Hedwig umzustimmen; aber dieser fühlte die alten Gegensätze in voller Schroffheit hervorbrechen und schwieg. Warum waren denn seine Lippen so kalt verschlossen, während sein Herz die alte Leidenschaft durchtoste und er der stolzen Frau hätte zu Füßen sinken und stammeln mögen: „Ja, ich will Dir dienen, mein Lebenlang, stoß mich nicht kalt und unfreundlich zurück!" Konnte die Herzogin in seinen Augen lesen? — oder machte ihr aufwallender Zorn einer edleren Empfindung Platz? sie wandte sich, plötzlich milder geworden, zu Bitsch, und sagte mit gedämpfter Stimme: „Das Schicksal hat es nun einmal beschlossen, daß wir nicht in Freundschaft zusammen gehen können, — so war's von Jugend auf; kaum daß wir uns versöhnt, brach die alte Zwietracht los, es soll so sein! Wir taugen nicht zusammen! Ich bin stolz und hochfahrend, Ihr seid es auch, Herr Stadtschreiber. Wir wollen uns weiter hassen, das ist das Beste!" Um ihre Lippen spielte ein seltsames Lächeln, das unentschieden ließ, ob das Ganze ein Scherz oder bitterer Ernst war. Bitsch nahm es für das Letztere; er konnte nun einmal nicht so leicht vergessen, noch klangen ihm die schneidenden Worte von gestern im Ohr, und sein Barrett ergreifend, sagte er kühl: „Ich danke Euch, Ihr habt Recht Herzogin Hedwig! und offener ehrlicher Kampf, das ist das Beste, lebt wohl!" Er wollte zur Thür. Jagula hielt ihn zurück. „Ambrosius, ist denn Dein Stolz stärker als Deine Liebe? bleib', und alles wird noch gut!" Sie ergriff eine Hand des Stadtschreibers und langte nach der Hedwigs, um sie ineinander zu legen.

Die junge Herzogin zuckte mit der Hand zurück. „Laß die Thorheit," sagte sie mit einem strengen, harten Tone. „Du thust, als ob der Stadtschreiber von Liegnitz ein Herzogthum in seinen Händen hätte." „Wer weiß!" entgegnete Bitsch, seinen alten Trotz wiedergewinnend. „Lebt wohl, Jagula, bemüht Euch nicht weiter! Mit einem Herzogthum in den Händen seh'n wir uns wieder!" und seiner Sinne kaum noch mächtig, eilte er mit einem Hohngelächter auf den Lippen hinaus. „Der aufgeblasene Narr!" murmelte Hedwig, und doch preßte sie die Hand heftiger auf's Herz, als müsse auch sie das wilde Schlagen desselben zur Ruhe bringen.

„Du hast ihn wieder von Dir gestoßen!" klagte Jagula, ihrer Thränen nicht mehr mächtig, „und doch wünschtest Du gestern selbst eine Aussöhnung."

„Weil Du so lange davon schwatztest, Kind, bis ich „Ja" sagte," entgegnete Hedwig, die trotz ihres geringeren Alters, Jagula gegenüber die Ueberlegene zeigte. — Herzogstöchter reifen schnell. —

„Du wirst es bereuen, das treueste Herz fortgewiesen zu haben!"

„Und das Dir so treu geworden wäre!" entgegnete die Herzogin spottend.

Jagula schwieg; nur ihre beredten Augen warfen der Freundin einen Blick zu, der sagen konnte: „Ah, Du bist eifersüchtig!" Hedwig machte eine stolze, abwehrende Bewegung. „Zürne mir nicht, daß ich Dir Dein Spielzeug zerbrechen mußte, Du sollst anderes haben. Da ist ja noch der junge von der Heide — der ist stets so lustig und aufgeräumt, Ihr paßt besser zueinander — und dann Jagula, meine Mutter fühlt sich heut etwas besser — morgen reisen wir nach Lüben zum Herzog!" Die Herzogin entfernte sich rasch; sie bedurfte der Einsamkeit, um sich zu fassen und zu sammeln. Jagula hatte sich auf einen Sessel gekauert und starrte düster vor sich hin; nur als sich die Herzogin entfernte, warf sie ihrer Freundin einen glühenden Blick des Hasses nach, und murmelte zwischen den kleinen, weißen Zähnen: „Ich schwöre es, das sollst Du mir bezahlen, Hedwig!" —

Vom herzoglichen Schlosse war noch am Tage des Mordanfalles die Auslieferung des jungen Wüsthube gefordert worden. Der Bürgermeister hatte zeitiger als gewöhnlich eine Sitzung anberaumt, um über diesen schwer wiegenden Fall zu berathen, Bitsch war zweifelhaft gewesen, ob er unter diesen Umständen überhaupt zu Jagula gehen sollte; aber er hatte sein Wort gegeben und glaubte von der Polin rasch fortkommen zu können. Jetzt hatte er sich doch verspätet, und raschen Schrittes eilte er dem Rathhaus zu. Als der Stadtschreiber eintrat, bemerkte sein scharfes Auge, auf welche Seite sich bereits der Sieg geneigt hatte. Peter Rothe stand aufrecht vor seinem Stuhle, die rechte Hand auf den Tisch gestützt, und blickte mit dem ganzen wilden Trotze erwachten Bürgerstolzes umher; auch die Gesichter der beiden Rathsherren Schober und Lindner waren angeglüht von jener Kampfeslust, die vor dem Aeußersten nicht mehr zurückscheucht; — dem alten Kochenschreiber war eben sein „ja, ja" von den Lippen entflohen, und jetzt saß er müde und zusammengebrochen dort — er hatte seine Schuldigkeit gethan. Des Stadtvogtes Augen irrten treulos umher — und umfaßten mehr als je die entferntesten Gesichtspunkte. Herr Popplau aber saß gesenkten Hauptes dort und hielt die weichen, fleischigen Hände über den starken Leib gefaltet. Zum erstenmal prägte sich in dem sonst so schwammigen Gesichte ein entschiedener Zug des Unmuths und Verdrusses aus, und als der Stadtschreiber eintrat und Alle seinen Gruß freundlich erwiderten, starrte Hieronymus finster vor sich hin und ein verächtliches Lächeln spielte um seine Lippen.

„Ihr kommt zu spät, Bitsch!" sagte Jodocus Lindner spottend, „Ihr mögt sprechen was Ihr wollt, wir geben den armen Burschen nicht heraus!"

„Das ist schade," entgegnete der Stadtschreiber, auf den Scherz eingehend, „'s war doch die beste Gelegenheit, mit der Herzogin Frieden zu machen und sich unterwürfig zu zeigen!" —

„Das sagte unser Freund dort auch," bemerkte Johannes Schober, auf den Bürgermeister zeigend, „aber wir wollen nun einmal den Tanz versuchen!" —

„Ihr wißt doch," erwiderte Bitsch, den Scherz

anträge. Er sagt, Oesterreich sei gar nicht mehr in der Bundesexecution begriffen, könne auch keine Verantwortung für die Acte der Executive tragen und deshalb stelle er den Antrag, daß der zweite Satz des Ausschußantrages, worin die Ablehnung der Verantwortlichkeit von dem Hause ausgesprochen wird, wegfalle und dafür Folgendes gesetzt werde: „und empfehle der Regierung, in eine der Stellung Oesterreichs im deutschen Bunde entsprechende Politik einzulenken.“ Würde dieser Antrag angenommen, dann beantragt er im Art. I. des Gesetzes, dem Kriegsminister einen außerordentlichen Credit von unbestimmter Höhe zu bewilligen, sollte er aber nicht angenommen werden, dann sei nichts zu bewilligen, als der Matrikularbeitrag, welcher mit 1,571,750 Fl. ausgemittelt ist. (Schluß des Berichtes folgt.)

Italien.

Rom. [Gegen die Clericalen.] Der Abate Ricci, welcher als der thätigste Briganten-Anwerber bekannt ist, hat sich eine genaue Haussuchung durch die französische Polizei gefallen lassen müssen. Es scheint, daß der Befehl hierzu von Paris kam, da man einen französischen, mehrmal bestraften Verbrecher, der nach Catania bestimmt war, um eine Brigantenbande zu bilden, in dessen Hause vermuthete. Das Resultat der Nachforschung ist noch nicht bekannt. Die clericale Partei ist im höchsten Grade empört, da sie fürchtet, daß die französische Polizei von nun an energisch einschreiten wird, um der Unterstützung des Brigantaggio von Rom aus ein Ende zu machen.

Schweiz.

Zürich, 25. Jan. [Die „revolutionäre Partei.“] Das hiesige „Intelligenzblatt“ enthält Folgendes: „Ich mache meine Landsleute auf eine Correspondenz der „Kreuzzeitung“ (vom Freitag den 22. Jan.) „aus Zürich“ aufmerksam. Dieselbe berichtet an das Organ Bismarck's, die hiesigen Leiter der schleswig-holsteinischen Bewegung seien die Häupter der „revolutionären Partei.“ Das ist das allbekannte Lügen-Lied, diesmal von der Schweiz aus geschrieben. Jeder hier weiß, daß das gerade Gegentheil das Wahre ist, oder daß die hiesigen sogenannten Demokraten dem schleswig-holsteinischen Comite gerade feindlich gegenüberstehen. Diese Lüge ist natürlich lediglich auf Berlin berechnet, und auch darauf scheint gerechnet, daß kein Deutscher hier so leicht das Junkerblatt berühren mag. Durch Zufall nur erfahre ich dadurch, daß wir also hier in unserer Mitte einen Spion der preußischen Reaction haben, wer weiß, unter welcher Maske! Cavete.“

Frankreich.

Paris, 26. Januar. **[Debatte über Mexico.]** Gestern wurde die Adreßdebatte, und zwar der Passus über Mexico, fortgeführt. Gueroult, der wohl schreiben, aber nicht sprechen kann, hielt keine Rede, sondern einen Artikel über die mexicanische Frage, und als er einen Aufsatz über diesen Gegenstand aus der „Opinion nationale“ vorlas, konnte man keinen Unterschied wahrnehmen zwischen dem Artikel, den er redete, und dem, welchen er in der „Opinion nationale“ geschrieben hatte. Ein eigener Zwischenfall ereignete sich in der gestrigen Sitzung. Herzog von Morny hätte so gern schon gestern die Debatte über das mexicanische Amendement geschlossen; die sonst so fügsame Majorität zeigte sich aber widerspänstig; sie erhob sich gegen den Schluß der Discussion, die nun heute fortgesetzt wurde. Dies will nun keineswegs sagen, daß sie die Frage aufgeklärt haben will, aber Favre, Thiers ꝛc. sollten noch sprechen, und sie ist wie das Publikum: wenn die ausgezeichneten Leute der Opposition das Wort ergreifen, so ist sie ganz Auge und Ohr, und wenn sie auch das Gefährliche dieser Discussien einsehen mag, so ist sie doch nicht stark genug, um ihrer Vorliebe für wahre parlamentarische Feierstunden zu entsagen. Die Erwartungen des Publikums und der Deputirten wurden aber auch nicht getäuscht, denn Herr Thiers ergriff beim Beginne der heutigen Sitzung sofort das Wort. Die in den letzten Tagen weniger zahlreich besetzten Tribünen waren schon um 1 Uhr gedrängt voll. In der kaiserlichen Tribüne befand sich die Prinzessin Clotilde. Der Prinz Napoleon, so wie Marschall Forey, der bekanntlich Puebla und Mexico eroberte, befanden sich in der Senatoren-Loge; auch Dupin fehlte nicht. Thiers begann mit der Erklärung, daß er nicht über dieses oder jenes Amendement reden wolle, sondern über die mexicanische Frage selbst. Wenn es sich darum handelte, ein Urtheil über die Vergangenheit abzugeben, so würde ich nicht sprechen. Gern würde ich dem Beispiele des Kaufmanns folgen, der gewisse Geschäfte auf Verlust- und Gewinn-Conto setzt, um sich nicht weiter darum zu bekümmern; aber er handelt nur so, wenn es Geschäfte betrifft, die ihm keine Opfer mehr kosten können. Unglücklicherweise ist dieses in Betreff Mexico's nicht der Fall. Man hat Ihnen gesagt, daß die Expedition monatlich 12 Millionen kostet; aber die Monate eilen schnell dahin, und sie wird weit mehr kosten. Wir befinden uns in einer Entfernung von 3000 Meilen, ein Dampfschiff gebraucht 15 Tage Zeit, um sich dorthin zu bewegen; wir haben in Mexico 40,000 Mann Truppen und 7 oder 8000 Mann Matrosen, und zu welchem Zwecke? Der Prinz, der dazu berufen ward, in diesem Lande zu regieren, wird bald durch Paris kommen, um sich nach Vera-Cruz einzuschiffen. Wir befinden uns also in so weiter Entfernung, und doch wollen wir in der neuen Welt ein großes Kaiserreich gründen! Angesichts eines solchen Unternehmens steht mein Verstand still. Es ist möglich, daß ich in zu engen Ideenkreisen auferzogen bin, aber ich wiederhole es, ein solches Unternehmen im gegenwärtigen Zustande der Dinge, ohne feste Grundlagen, ohne dargethanen Nutzen zu unternehmen, übersteigt meinen Verstand.“ Thiers erinnert daran, daß Frankreich, wenn die Verträge nicht ausgeführt wurden, früher das englische System befolgte, d. h. man war streng, wenn man der Regierung zur See beikommen konnte; man war es nicht, wenn dieses unmöglich war. „Dies ist zwar nicht sehr stolz“, — meinte Thiers hier — „aber die Ehre bleibt da stehen, wo die Mittel aufhören.“ Der Redner erinnert daran, was bei Gelegenheit der Riffpiraten (Marocco) geschah, Preußen machte keine Expedition; Frankreich habe bei Gelegenheit der Affaire des Dr. Bonpland, Reisegesellschafter und Freund Humboldt's, der in Paraguay vom Dictator Francia gefangen gehalten worden sei, ebenfalls keine Expedition unternommen. „In den La Plata-Staaten quälte ein sehr gehässiger kleiner Tyrann, Rosas, unsere Landsleute auf abscheuliche Weise. Unsere Schiffe konnten bis nach Buenos-Ayres und Montevideo gelangen; ich verlangte eine strenge Züchtigung; meine Meinung drang aber nicht durch.“ Man habe aber doch durch Gewalt einen Vertrag erlangt, dem er Vortheilhaftes gewünscht hätte. Man hatte sich ebenfalls über Mexico zu beklagen, und der Admiral Baudin führte dort einen sehr schönen, kräftigen Handstreich aus. Die einzig mögliche Züchtigung dieser Staaten ist die, daß ihre Regierungen den guten Willen dazu haben. Thiers erklärt hierauf die Lage der Dinge in Mexico während seiner letzten Streitigkeiten mit Frankreich. Dabei sagt er u. A.: Man hat zuerst einen Fürsten aufsuchen müssen. Hätte man sich an die Analogie gehalten, so würde man sich an einen spanischen Prinzen gewandt haben; doch die Erinnerungen an den Unabhängigkeits-Krieg haben in Mexico eine zu große Abneigung gegen die Spanier zurückgelassen. Man hat seine Zuflucht zu einer etwas willkürlichen, ich will nicht geradezu sagen: phantastischen Wahl genommen; man hat seine Augen auf einen Prinzen geworfen, der in dem Lande nicht den geringsten Anhang (clientelle) hatte.“ Redner gelangt nun zu dem Vertrage, der mit dem französischen Vertreter, Hrn. v. Saligny, abgeschlossen wurde: Als man bezahlen sollte, hat man nicht bezahlt; Thiers zufolge wäre das Mittel, welches man hätte vorziehen sollen, das gewesen, von welchem England gewöhnlich Gebrauch macht, das, welches die Juristen eine Beschlagnahme nennen. Man mußte die Häfen von Tampico und Vera-Cruz wegnehmen, die Douanen-Bureaux dieser beiden Städte, über welche der ganze Handel des Landes geht, mit Beschlag belegen und sie bis zur vollständigen Bezahlung behalten. Dieses wäre kein sehr glänzendes, aber ein sicheres Geschäft gewesen. In London habe man nicht daran gedacht, sich in die inneren Angelegenheiten Mexico's einzumischen. Frankreich wandte sich an Spanien, das auf die monarchischen Ideen desselben einging, aber erklärte, man könne keinen spanischen Prinzen hergeben. Zur Convention vom 31. Oktober 1861 übergehend, sagt Hr. Thiers: „Diese Convention war, um bei der Wahrheit zu bleiben, nur eine Negation, denn England, welches sich nur zum Herrn der Häfen von Vera-Cruz und Tampico machen, Spanien, welches eine Monarchie zu Gunsten eines Prinzen seines Landes gründen, und Frankreich, welches eine Monarchie zu Gunsten eines österreichischen Prinzen aufstellen wollte, konnten nur einen negativen Vertrag abschließen. Die drei Mächte verpflichteten sich, zur Reparation der ihren Landesangehörigen zugefügten Schäden beizutragen, keine Eroberung zu machen, sich nicht in die innere Regierung zu mischen und eine Commission zu ernennen, die mit Vertheilung der erlangten Indemnität betraut werden sollte. Hr. Thiers giebt nun den historischen Theil der so unternommenen Expedition und setzt die Summen der Beträge auseinander, die von den Mächten reclamirt wurden. „Plötzlich“ — fährt hier der Redner fort — „brachte man die Schuld Jeckers zum Vorscheine. Ich werde nicht auf die Einzelnheiten dieses Gegenstandes eingehen. Ich führe nur an, daß sie in Mexico sehr verrufen war (Lärm), und als man wegen einer allgemein als wucherisch verschrienen Schuld 75 Millionen zu den bereits reclamirten 200 hinzufügen wollte, so schreckte man zurück. Ich beschränke mich darauf, zu wiederholen, daß sie verrufen war! Wenn man glaubt, daß sie eines guten Rufes genoß, so möge man es beweisen!“ Rouher (Staatsminister), sich an Thiers wendend: „Niemand hat etwas gesagt.“ Hr. Thiers setzte hierauf seine historischen Rückblicke fort und gelangt zur Convention von Soledad; er meint, dieser Vertrag habe die drei kleinen Armee-Corps gerettet, die sonst in Vera-Cruz vom gelben Fieber hingerafft worden wären. Granier de Cassagnac: „Wir würden nicht dort geblieben sein!“ Thiers: „Wann würden sie dann Vera-Cruz verlassen haben?“ Granier de Cassagnac: „Sofort, und den Degen in der Hand.“ Staatsminister Rouher: „Man würde nach Mexico gegangen sein!“ Jubinal (von der Majorität): „Und wie dann? Man hatte ja kein einziges Pferd, um die Kanonen zu ziehen!“ Hr. Thiers ergreift wieder das Wort. Nach ihm spricht Hr. Chaix d'Estange im Namen der Regierung. Hierauf spricht Berryer, der verlangt, daß die Truppen aus Mexico zurückgezogen werden. Das erste Amendement ward zurückgezogen und die Berathung über das zweite Amendement wird morgen beginnen. Dasselbe lautet, wie folgt: „Indem Frankreich dem Muthe und der heldenmüthigen Ausdauer seiner Soldaten Beifall zollt, hegt es doch Besorgnisse hinsichtlich des Umfanges und der Dauer der mexicanischen Expedition, und wünscht lebhaft, daß ein baldiger Schluß den Opfern ein Ende mache, welche die Expedition uns verursacht, und den politischen Verwickelungen vorbeuge, zu denen sie Anlaß geben könnte.“

* **Paris,** 27. Januar. [Das Budget für 1865.] Aus der im „Moniteur“ abgedruckten Motivirung des Budgets durch den Finanzminister haben wir noch einige Notizen zu entnehmen. Die Decouverts des Staatsschatzes werden zu Ende des Jahres 1864 auf 971 Millionen angewachsen sein. „Sie bilden den Ausdruck der Vergangenheit, wie die schwebende Schuld deren Consequenz in der Gegenwart ist.“ Die Summe erscheint unzweifelhaft bedeutend; man muß sie aber im Verhältniß zur Größe des Landes und der Ausdehnung seiner Hilfsmittel beurtheilen. (Eine höchst bequeme Art, um über die nächsten Folgen einer schlechten Wirthschaft scheinbar hinwegzukommen!) Da der Ertrag der neuen Anleihe zur (theilweisen) Tilgung bestimmt, so werden diese Decouverts bei Beginn des Jahres 1865 keinen Anstand mehr bieten. (Ohne Zweifel wird die Vermehrung wieder von vorn herein beginnen, wie dies eine in der französischen Finanzgeschichte regelmäßig sich wiederholende Erscheinung ist) — Die Summe der Staatsausgaben erscheint, wie bereits erwähnt, gegen das laufende Jahr um 21 Millionen vermehrt. Es rührt dies wesentlich her von dem um 11½ Millionen höhern Bedarfe für Verzinsung und (angebliche, aber nicht wirkliche) Amortisirung der Staatsschuld, entsprechend der Vergrößerung der Schuldsumme (den Kapitalbetrag derselben finden wir nirgends angegeben); auch die Ausfuhrprämien für franz. Manufakturen erfordern fast 8 Millionen mehr. — Es ist beachtenswerth, daß Registrirung und Stempel nach der ministeriellen Angabe eine Verminderung des Ertrags in Aussicht stellen. Es deutet diese Erscheinung nicht auf Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes, sondern auf eine Störung desselben. Es wird eine, den Abgabepflichtigen wohl schwerlich angenehme Mittheilung angefügt; der Staatsrath sei mit Modifikationen in der Gesetzgebung über das Enregistrement befaßt, welche Modifikationen eine Vermehrung des Ertrages in Aussicht stellten. (Die Auflage ist ohnehin schon furchtbar hoch!)

[Napoleon und England.] Die Eingeweihten versichern, daß sich der Kaiser der Franzosen an der Demüthigung Großbritanniens weide, das schon seit Monaten ohne den geringsten Erfolg Europa gegen Deutschland aufzuhetzen sucht und aus einer jämmerlichen Rolle in die andere verfällt. (D. A. Z.)

[Frankreich und Amerika.] Der Gesandte der Vereinigten Staaten hatte vor einigen Tagen eine Audienz in den Tuilerien. Der Kaiser verhehlte ihm nicht seine Sympathien für den Süden, aber er gestand ihm auch ein, daß die mexicanische Angelegenheit es ihm nothwendig erscheinen lasse, mit dem Kabinet von Washington in gutem Vernehmen zu bleiben. Er werde daher den Süden nicht anerkennen, wenn der Norden ihm die Versicherung gebe, ihn in Mexico nicht zu beunruhigen. Unmittelbar nach dieser Audienz expedirte der Gesandte eine Depesche nach Washington. (N. Pr. Z.)

[Anleihe. — Gebrüder Pereire.] Auf die Anleihe sind etwa 4000 Millionen gezeichnet worden. — Die Gebrüder Pereire sollen entschlossen sein, sich aus dem von ihnen begründeten Mobiliercredit zurückzuziehen. Man weiß, daß dieser „Credit mobilier“ ein großartiges Börseninstrument ist, und von den Pereire's gestiftet wurde, weil das Haus Rothschild dem Empire und dem Frieden nicht trauen wollte. Die Herren Pereire haben gewiß positivere Motive, sich zurückzuziehen, als den Umstand, daß sie sich für reich genug halten. Vielleicht sehen sie schwierige Zeiten nahen. (M. Z.)

[Das parlamentarische Regime.] Das ehrenwerthe „Pays“ macht seinen stolzen patriotischen Gefühlen Luft. Hinweisend auf die Ministerkrisis in Belgien, ruft es aus: „In dem nämlichen Augenblick, in dem das bezeichnete Land die schweren Unannehmlichkeiten des parlamentarischen Regime's erleidet, empfehlen hervorragende Mitglieder des gesetzgebenden Körpers dieses System für uns. Die Zeit ist sehr schlecht gewählt, um uns die Wohlthaten dieses Regime's vorzuschwindeln.“ — Gewiß, welches Unglück für Frankreich, wenn die Stürme einer Ministerkrisis seine Grabesruhe störten, — dabei aber die Tausende von Menschen, welche in Mexico und Cochinchina elend umkommen, und die vielen Millionen, welche solche abenteuerliche Züge nach fernen Ländern nutzlos verschlingen, — dem französischen Volk erhalten würden!

[Köstlich!] Die „Nation“ theilt heute folgende Ente nebst obligaten geographischen Schnitzern mit: In einer Versammlung von Notabeln in Kiel habe man darüber deliberirt, ob es nicht ersprießlich sei, eine Petition an Kaiser Napoleon III. abgeben zu lassen, und ihn zu ersuchen, moralisch zu Gunsten Holsteins zu wirken. Das Blatt findet es äußerst sonderbar, daß man in dem noch jüngst so feindlich gesinnten Lande jetzt zu Frankreich seine Zuflucht nehme. „Die Deutschen hoffen auf uns, in uns allein sehen sie ihr Heil; haben sie denn so große Furcht vor Dänemark? Nein! Was sie fürchten, sind andere Deutsche.... Endlich nähert sich Preußen der Erfüllung seiner Träume seit Friedrich dem Großen; es nähert sich der Ostsee.“ (!) O gallische Einfalt!

[Die Complott-Geschichte] spukt noch immer, und wer eine Adler-Nase und schwarzen Bart hat, und einen Namen mit i oder o endend, trägt, ist von vornherein verdächtig. So wurde dieser Tage eine bekannte Tänzerin der großen Oper, Mademoiselle Ceritto, die nebst vielen Engländern, Russen und Amerikanern, auch zahlreiche ihrer Landsleute empfängt, von der Polizei-Präfektur aufgefordert, eine Namens-Liste der Italiener einzureichen, welche ihr Haus besuchen. Auf ihre Weigerung, dieser Aufforderung nachzukommen, wurden, trotz der Reclamation der Hausbewohner, Polizei-Agenten im Hause installirt, und sogar das 12jährige Töchterlein der Mademoiselle und deren Bonne verhört, um auf diese Weise die Namen der Hausfreunde zu erfahren.

Großbritannien.

* **London,** 26. Jan. [Die englischen Blätter] ziehen jetzt gegen Oesterreich und Preußen fast eben so lebhaft zu Felde, wie früher gegen den Bundestag. Doch lassen sie die Hoffnung, daß die deutschen Großmächte sich von der Besetzung Schleswigs abschrecken lassen werden, nicht ganz fallen. Am rücksichtsvollsten gegen die Großmächte äußern sich die „Times“, wogegen die „Post“ sich in kindischen Drohungen ergeht. Wir halten es für unpassend, unsern Lesern noch länger durch Mittheilung von Auszügen aus den Raisonnements der englischen Presse Langeweile und Ekel zu erregen.

[Zur Lage] schreibt man der „B.- u. H.-Z.“: Der große Aufwand von Argumenten, den die „Times“ aus eigenen Mitteln bestritten hat, um Europa den Beweis zu führen, daß ein blutiger Zusammenstoß zwischen den Deutschen und den Dänen nicht wahrscheinlich sei, ist erschöpft. Der Regierung selbst scheint diese hartnäckige Friedensdeduktion der „Times“ nicht convenirt zu haben, da sie mit der auf dem Continent sehr geläufigen, in England ganz ungewöhnlichen Methode entgegengetreten ist, halboffiziell zu berichtigen. Die „Times“ selbst wurde ersucht, zu erklären, es sei nicht richtig, daß die deutschen Mächte den von Dänemark verlangten Aufschub bewilligt hätten, sie hätten ihn im Gegentheil verweigert. Der Regierung scheint eher daran zu liegen, die öffentliche Meinung auf einen Zusammenstoß der feindlichen Nachbarn im Norden Europas vorzubereiten. Was aber noch evidenter durch alle Diskussionen der Journale hindurchleuchtet, als diese Meinung der „Times“, daß es wahrscheinlich zu Feindseligkeiten kommen werde, das ist der Entschluß Englands, neutral zu bleiben. Man hat wohl hin und wieder das Interesse Englands an Erhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Dänemark für so wichtig angesehen, daß England die Partie zugeschrieben wurde, schlimmstenfalls durch eine Betheiligung an dem Kriege zu Gunsten Dänemarks dem Kriege, wenn er trotz der Concession des kopenhagener Cabinets von Deutschland begonnen würde, ein möglichst schnelles Ende zu machen. Dabei hat

---

weiter spinnend, „zum Tanz gehört mehr als ein paar Schuhe.“ Der Bürgermeister erhob sich jetzt, und nachdem er die von vielen Reden heiße Stirn getrocknet hatte — begann er mit jener Würde, die ihn keinen Augenblick verließ: „Der Rath der Stadt hat beschlossen, dem Befehle unserer durchlauchtigen Herzogin nicht zu gehorsamen und den jungen Wüsthube nicht herauszugeben. Unsere heutige Berathung ist damit beendigt. Möge dieser Entschluß unserer Stadt zum Heil gereichen!“ und ein unwillkürlicher Seufzer folgte diesen Worten. Der Bürgermeister blieb noch einen Augenblick stehen, seine sonst so ausdruckslosen grauen Augen schienen dunkler zu werden und in eine finstere, unheimliche Zukunft zu blicken. Trotzdem die Rathsherren längst die Schwäche ihres Oberhauptes verachten gelernt, machte dies ernste tiefergriffene Benehmen des alten Herrn einen eigenthümlichen Eindruck. Nur der spottlustige Jodocus flüsterte dem Bauherrn zu: „'s ist doch ein großer Mann!“

Erst als Herr Popplau die Sache mit diesem Ernste behandelte, wurde allen die Wichtigkeit dieses Beschlusses klar. Wieder war es ein Schritt weiter auf jener abschüssigen Bahn, die vielleicht zum Heile, aber auch zum Verderben ausschlagen konnte. Es wäre vielleicht klüger gewesen, dem Ansinnen der Herzogin nachzugeben und sich mit dieser unliebsamen Aufgabe nicht zu belasten; — denn auf welcher Seite das Recht sei, war doch sehr zweifelhaft, und was gewann der Rath durch diesen Widerstand? — Doch nirgends waren die Städte eifersüchtiger als auf ihr Recht Gewicht zu halten, und es galt stets für schimpflich, einen Verbrecher, und noch dazu ein Stadtkind, einer fremden Macht ausliefern zu müssen. — Dazu kam das immer stärker erwachende Selbstvertrauen, die Freude, der Herzogin so viel als möglich trotzen zu können und der eigenen Kraft damit bewußter zu werden. Das hatte auch Peter Rothe hervorgehoben und gemeint, daß es noch immer Zeit sei — den Burschen herauszugeben, wenn die Herzogin zu Gewaltmaßregeln schreiten würde; da wäre noch lange keine Gefahr dabei, und deshalb hatte auch der alte Kochenschreiber sein „ja, ja“ geplappert und damit die Stimmenmehrheit für die Sache des Widerstandes entschieden.

Die Rathsherren entfernten sich einer nach dem andern, während Hieronymus auf seinen Sessel zurückfiel und in ein finsteres Brüten zu versinken schien. Der Stadtschreiber war immer der Letzte; als auch er sich entfernen wollte und bereits die Hand auf dem Drücker des Thürschlosses hatte, rief ihn der Bürgermeister zurück: „Auf ein Wort, Herr Stadtschreiber!“ — Bitsch drehte sich bei dieser eigenthümlichen Anrede verwundert um, während Popplau sich erhob, langsam auf ihn zuschritt, und leicht seine Schulter berührend, mit höhnischer Freundlichkeit fortfuhr: „Ich wollt' Euch nur sagen, daß ich habe Nägel auf meine Gartenmauer schlagen lassen, und wer darüber steigt, sich leicht den Mantel zerreißen kann.“ Die größer gewordenen Augen des Bürgermeisters ruhten kalt und höhnisch auf dem jungen Manne. — Dieser entfärbte sich auf einige Augenblicke; das ohnehin blasse Gesicht wurde förmlich blutlos; er gewann aber rasch seine Haltung wieder und entgegnete gelassen: „semper aliquid haeret, sagt der Lateiner, es bleibt immer etwas hängen, warum nicht ein Stück Mantel?“ —

„Und ein Stück Ehre!“ erwiderte der Bürgermeister kalt. — „Bitsch!“ fuhr er fort, und seine Hand ruhte jetzt schwer auf dessen Schulter: „Ihr seid mir Gegner gewesen von dem Augenblicke an, wo Ihr in's Amt gekommen; ich hab's Euch nachgesehen, weil ich nicht gern hasse — 's ist unbequem und kostet Arbeit, — aber jetzt greift Ihr mich in meinem eigenen Hause an, wollt mein eigenes Kind bethören — das sind Bubenstreiche, die auch mein Blut in Wallung bringen!“ — Popplau ließ die Hand von der Schulter des jungen Mannes sinken und verschränkte die Arme, als müsse er sich selbst vor einem thätlichen Zornesausbruch schützen!

Der Stadtschreiber trat einen Schritt zurück; alles Blut stieg ihm zu Kopfe und beraubte ihn auf einige Augenblicke der Besinnung; dann aber, mit gewaltiger Kraft alle leidenschaftliche Erregung niederkämpfend, sagte er ruhig: „Ihr irrt Euch, Popplau! warum zeigtet Ihr mir so offen Euren Unwillen, daß es mir unmöglich war, Euer Haus ferner zu betreten? warum verbargt Ihr mir Eure Tochter? laßt mich frei und ehrlich um sie werben — aber schwatzt nicht so unbesonnen von Bubenstreichen, das ziemt nicht Eurem grauen Haar!“ „Ich danke Euch, Bitsch! Ihr spielt hier stets meinen Lehrmeister,“ entgegnete Popplau, auf den grünen Tisch weisend, — aber in meinem Hause bin ich allein Herr und thu', was mir gefällt — kümmer' mich den Henker um Euer warum? Ihr seid ein unruhiger Kopf und habt nicht eher Ruhe, bis er Euch zu Füßen rollen wird!“ „Und ist dies der einzige Grund, warum Ihr mir Eure Tochter weigert?“ — frug Bitsch spottend, „wenn ich sie zur Wittwe machte, wär' sie doch geborgen! — ich hab' an Hab' und Gut mehr, als nöthig ist, um vor Euch als Brautwerber treten zu können,“ setzte er stolz hinzu. Hieronymus Popplau lachte zornig auf: „Habt was Ihr wollt!“ Ich hass' Euch, weil Ihr mich gehezt und verfolgt habt mit Euren kindischen Thorheiten, weil Ihr mir jeden Tag meines Lebens vergällt mit Eurem ewigen Besserwissen und übermüthigem Geschwätz — geht! meine Tochter wird nie Euer Weib!“ Der sonst so lässige, ruhige Mann sprach rasch und heftig, und zeigte, wie viel Groll und Haß sich in seinem Herzen angesammelt haben mußte, der nur auf die günstige Gelegenheit gewartet, um endlich helllodernd hindurch zu brechen. — Er machte bei den letzten Worten eine gebieterische Handbewegung — und war jetzt in Wirklichkeit so würdig und männlich, wie er sonst nur den Fernstehenden erschien.

Selbst auf Bitsch machte dies ungewöhnliche Aufraffen einer schlummernden Manneskraft einen gewissen Eindruck, der überlegene Zug, der stets um seine Lippen spielte, wenn er mit Hieronymus sprach, verschwand — und er entgegnete: „Nie!? weil ich Euch nicht immer Recht geben kann? und weil mir das Wohl der Stadt mehr am Herzen liegt als mein eigenes? Eure Tochter liebt mich und Ihr werdet sie nicht unglücklich machen wegen dieses thörichten Hasses!“

„Nein, und wenn ich Euch verzeihen wollte, daß Ihr mir stets entgegen gewesen, daß Ihr aber mit meiner Tochter heimliche Zusammenkünfte sucht, das ist schlecht und ehrlos und ich veracht' Euch eben so sehr, als ich Euch früher gehaßt! —“

(Fortsetzung folgt.)

man das Interesse Englands am Frieden mit dem Interesse für die Integrität der dänischen Monarchie verwechselt. England tritt für diese ein, aber nicht mit den Waffen in der Hand; für den Frieden tritt es ein, aber Theilnahme am Kriege wäre eine seltsame Parteinahme für den Frieden. Darauf ist nicht zu rechnen, und im Ernste glaubt hier wirklich Niemand, England werde gegen Deutschland in dem etwa bevorstehenden Kampfe zu den Waffen greifen. Alles, was aus einem andern Gesichtspunkt gesagt wird, ist nichts als Drohung an die Adresse Deutschlands, um noch im letzten Augenblick zum Einlenken zu bewegen.

Rußland.

Unruhen in Polen.

Warschau, 26. Jan. [Fortdauer des Aufstandes. — Gefangennahme Jankowski's. — Anstrengungen zu einem Ball. — Aus den Beamtenkreisen.] Ihre Zeitung brachte bereits in Nr. 39 die Nachricht von der am 22. bei Radomsk durch Insurgenten erfolgten Losreißung einiger Schienen der Eisenbahn. Nach der Aussage eines während des Vorganges in der Nähe anwesenden Mannes war es nicht die Besorgniß, von Russen überfallen zu werden, welche die Insurgenten hierzu veranlaßte, vielmehr sammelten sich die kleinen Trupps absichtlich dazu, um am Jahrestag des Ausbruches des Aufstandes solchen den Russen in irgend einer sichtbaren Weise in Erinnerung zu bringen. Als sie das kleine Souvenir ausgeführt hatten, schossen sie einige Feierschüsse ab und beauftragten den nächsten Eisenbahnwächter, dem Stationsoffizier von dem Vorgefallenen Meldung zu geben, und ihm in ihrem Namen zu sagen, daß sie in ihre Winterquartiere zurückgehen und erst gegen Frühjahr mehr würden von sich hören lassen. — Ueberhaupt scheint es, als ob die Insurgenten in der Zeit, an welcher im vorigen Jahre der Aufstand seinen Anfang genommen, die Thatsache constatiren wollten, daß dieser Aufstand, weit entfernt unterdrückt zu sein, in vielen Gegenden des Landes noch existirt und nur den Moment abwartet, wo seine Träger von den Elementen nicht behindert, mit der früheren Unverzagtheit wieder auftreten können. Aus dem Lublinischen sowohl wie aus dem Radomschen gehen Nachrichten von stattgefundenen Gefechten ein, bei welchen die Insurgenten ihren Gegnern mehr oder weniger Schaden zugefügt haben. Auch in Jablona, eine Poststation von Warschau, zeigte sich am 22. eine Reiterschaar von Insurgenten und scheuchte die umliegenden Russen auf, so daß diese eiligst Verstärkung von Warschau requirirten, welche aber bei ihrer Ankunft in Jablona dort nichts mehr antraf. Unglücklicher ging es dem Insurgenten-Anführer Jankowski, der bei Blonia am 23. d. M. ganz allein und durch einen Zufall den Russen in die Hände fiel. Vorgestern Abend wurde er unter außerordentlich starker Bedeckung hier eingebracht und nach der Citadelle transportirt. Jankowski war früher Gutsverwalter bei Muchanow, verließ diesen Dienst beim Ausbruch des Aufstandes und hielt sich das ganze Jahr hindurch als Anführer einer Abtheilung, die der „Dziennik" oft total vernichtet hatte, die aber noch bis jetzt, wie versichert wird, nicht aufgelöst ist. — Unter den Gefechten im Radom'schen soll eines in der Stadt Ilza sehr blutig gewesen sein und den Russen erheblichen Schaden gebracht haben. — Die Zuzüge aus Galizien dauern, wie glaubwürdige Reisende erzählen, fort und sind zahlreich. — Die Anstrengungen unseres Präsidenten, einen ansehnlichen Ball zu Stande zu bringen, sind außerordentlich. Der sonst gestrenge Herr Präsident besucht bald diesen bald jenen Bürger, um ihn persönlich zum Ball einzuladen. Minder hervorragende Bürger von Ansehen läßt er, wie schon gemeldet, zu sich bescheiden, um sie ebenfalls persönlich einzuladen. Alle diese Anstrengungen sollen jedoch keine große Aussicht auf einen leidlichen Erfolg gewähren und man hört, daß der Präsident den Plan des Balles fallen zu lassen beabsichtigt. — Den geplagten Hausbesitzern hier ist der polizeiliche Befehl zugegangen, von Böden und aus Kellern Alles zu entfernen, was man sonst dort aufzuheben pflegte. Mit einemmale sind heute viele Höfe Warschau's deshalb mit Kisten, Schränken, alten Möbeln u. dgl. gefüllt; all diese Gegenstände kamen aus den erwähnten Rumpelkammern. Welche Weisheit den neuen Polizeimeister diese große Maßregel gelehrt, bleibt dem unpolizeilichen Sinn des störrischen Volkes unbekannt. — Die russenfreundlichen Organe versprechen für die Zukunft eine gute Verwaltung und Gott weiß was Alles. Angesichts der Thatsache, daß man die gediegensten, selbst russischgesinnte hohe Beamte von ihren Posten entfernt, um diese mit Personen zu besetzen, deren kleinster Fehler es ist, daß sie vom Verwaltungswesen keine Ahnung haben — kann man jenen Versicherungen nicht glauben. Was ein unkundiger Mann auf einem hohen Posten verderben kann, können nachher zwei gute Beamten nur mit schweren Opfern wieder gut machen. Ich denke hierbei an die Entlassung des Civilgouverneurs Laszczynski und die Besetzung dieses Postens durch den General Roznow.

Warschau, 27. Jan. [Die Einladung zum Ball. — Die Loyalitäts-Adressen. — Neue Zuzüge zu den Insurgenten. — Aenderung des Systems.] Die Anstrengungen des Präsidenten, Gendarmerie-Generals Witkowski, den bei ihm angesagten Ball stark besucht und glänzend zu machen, sind enorm; die Einladungen geschehen in folgender Weise: Ein Amtsdiener überbringt Jedem ein amtliches Schreiben mit Journal-Nummer und die Worte enthaltend: „Ich habe die Ehre, Ew. Wohlgeboren aufzufordern, morgen um . . . Uhr im Sessionssaale des Magistrats zu erscheinen. Generalmajor Witkowski." Der so Eingeladene trifft bei seiner Ankunft im Magistratssaale mehrere Mitbürger, denen der Präsident eine sentimentale Anrede hält, welche mit der Aufforderung schließt, die ihnen vorgelegte Adresse zu unterschreiben, und nach der Einladung mit Familie beim Balle zu erscheinen. Gestern Abend waren an 50 Bürger beim General erschienen, die seine Rede ruhig anhörten und darauf kein Wort zu erwidern für rathsam hielten. Auf meine Bemerkung, die ich einem der eingeladenen Herren machte, daß ein gegenseitiges Aussprechen vielleicht richtiger wäre, erhielt ich die Antwort: Ich habe nicht Lust nach Sibirien zu wandern, Familie und Haus dem Elend preiszugeben, um nur die Satisfaction des Aussprechens zu haben, da dich sonst gewiß nicht der mindeste Nutzen davon entstehen wird." Ich widerstritt, daß Jemand für so etwas nach Sibirien geschickt werden würde: dafür, meinte der Herr, nicht, aber ein Vergehen wird sich schon finden; es sind doch so viele Männer ohne allen Grund, ohne Verhör und Urtheil deportirt worden; wer sagt mir, daß ich als ein Störriger nicht auch deportirt werde" . . . Läßt sich da noch behaupten, daß die Adressen ohne Pression zu Stande kommen? In der That, wenn mitten in einem Zustande, wo jeder Bürger der militärischen Subordination und einer Kriegsjustiz unterworfen ist, den Bürgern ein dort oben verfertigtes Aktenstück mit der Aufforderung, es zu unterschreiben, vorgelegt wird, so liegt hierin wahrlich Pression genug und es bedarf keiner besonderen Drohung für jeden einzelnen Fall. — In der vergangenen Nacht sind wieder viele Personen verhaftet worden. Das Anhalten junger Leute in den Straßen, welche in die Polizeibüreau's gebracht, dort durchsucht und protokollirt werden, hat in den letzten Tagen wieder zugenommen. — Die neuen Nachrichten aus verschiedenen Gegenden der Provinz bestätigen, daß dort und namentlich bei den Gutsbesitzern die Adressenmacherei keinen Erfolg hat. Hr. v. Chyncz in Radom gehört zu denjenigen, welche die Unterschrift verweigerten, drei Tage darauf wurde ihm angezeigt, daß er nach Rußland zu gehen habe. Freilich wurde diesmal die Rücksicht beobachtet, daß der Mann früher nicht verhaftet wurde, sondern es wurde ihm sein Loos ein paar Tage früher angezeigt, damit er sich reisefertig machen konnte. — Von dem Frost sind die Insurgenten im Süden des Königreichs insofern begünstigt worden, daß über die zugefrorene Weichsel und über den Sanfluß bedeutende Zuzüge und erhebliche Waffentransporte kommen konnten. Es wird vielfach von der Rührigkeit Bosak's im Radomschen und von der Kruks im Lublinischen gemeldet. — Siegmund Wielopolski, der Sohn des alten Marquis, ist jetzt hier. Es heißt, er soll nach Petersburg gehen, um dort an Stelle des abgetretenen Lenski den Posten eines Staatsministers für Polen zu übernehmen, welchen gegenwärtig Platonow interimistisch verwaltet. Ich glaube weder an dieses noch an ein anderes Gerücht, welches Berg von hier abrufen und durch Graf Suwarow ersetzen läßt. Soviel ist aber gewiß, daß man in russischen Kreisen einzusehen anfängt, daß von den bisherigen unmenschlichen Mitteln kein irgend leidliches Resultat für die Pacification zu erwarten ist. Die Energie der Männer des Kriegszustandes, die sich und ihr System für unfehlbar hielten, ist gebrochen.

[Ende der Contributionen.] Der „Wilnaer Courier", welcher jetzt unter dem Titel „Wilenskoj Wiestnik", mit Ausnahme der auswärtigen Nachrichten und des literarischen Theiles, blos in russischer Sprache, statt wie früher polnisch und russisch, erscheint, bringt einen Befehl Murawieff's, womit die Einstellung der Auferlegung von Contributionen in dem ganzen, demselben unterstehenden Gebiete (Litthauen mit Weißrußland und Samogitien und das polnische Gouvernement Augustowo) anbefohlen wird; nur in Ausnahmefällen wird den Gubernialvorstehern gestattet, auf Ansuchen der Bezirksvorsteher und unter gleichzeitiger Benachrichtigung Murawieff's die weitere Auferlegung von Straf-Contributionen anzuordnen. Als Grund der Aufhebung des nur allzu lange bestandenen Contributionssystems wird die bereits vollendete Unterdrückung des Aufstandes angegeben und als Zeitpunkt dieser Aenderung das russische neue Jahr (13. Januar 1864) bestimmt.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 15. Jan. [Orden.] Der Großherr verlieh dem preußischen Ministerpräsidenten Herrn Bismarck-Schönhausen den Osmanieorden erster Klasse. Sie sehen also, daß die von der ganzen Welt so einstimmig anerkannten Verdienste dieses großen Staatsmannes auch hier die gebührende Anerkennung fanden. (Wdr.)

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 29. Januar. [Tagesbericht.]

** [Die österreichischen Truppenzüge] sind genau in der Zahl und Reihenfolge, wie sie in den „Fahrdispositionen" bestimmt waren (Nr. 31 der Bresl. Ztg.), befördert worden. Auf der Oberschlesischen Bahn kamen von Sonnabend Früh bis gestern Abend 46 Militär-Extrazüge mit ungefähr 20,000 Mann, 5000 Pferden, Fahrzeugen, Geschützen rc. hier an, welche nach 24—36stündigem Aufenthalt auf der Niederschlesisch-Märkischen Bahn weiter gingen. Der letzte Train mit dem Feldspital und der Apotheke wird heut Nacht um 1 Uhr abgelassen. Gestern waren die Aerzte und der Feldkaplan durchpassirt. Von weiteren Truppentransporten verlautet nur, daß dieselben wahrscheinlich stattfinden würden, wenn es wirklich zum Kampfe mit Dänemark kommen sollte. Die österreichischen Soldaten zweifeln daran nicht; sie behaupten, ihr „General" habe ihnen gesagt, die Feindseligkeiten werden eher beginnen, als man glaube. Die 3. Bataillone der Infanterie sind als Reserven bei ihren Depots zurückgeblieben. Für Anekdotenjäger ist jetzt ergiebige Zeit; hier noch ein Pröbchen von der jovialen Gemüthlichkeit mancher österreichischen Gäste. Im Stadthauskeller saß gestern Abend an einem Tische unter anderen Zechern ein Soldat vom Regiment „Khevenhüller"; er befand sich in gehobener Bierstimmung und sang stillvergnügt sein Liedchen. Ein hiesiger Bürger, der schon am Vormittag dort sein Seidel getrunken, begrüßte Abends, nicht wenig überrascht, den Oesterreicher, da er ihn am nämlichen Platze wie am Morgen antraf, und frug ihn, wie ihm das Bier munde. „Schaun's", erwiderte derselbe, „es g'follt mir hier in Breslau goar zu gut, i sitz seit der Fruh hier und hob no nix Wormes g'gessen, aber scho das 25ste Bier'l g'trunken."

△▽ [Naivetät.] Ein österreichischer Soldat, welcher wegen der erduldeten Reisestrapazen hier ärztliche Behandlung erfahren mußte, bat, als er aus dieser entlassen wurde, den Arzt sehr naiv um ein Attest, daß er geprügelt werden dürfe. Der Arzt glaubte dem prügelbedürftigen Burschen einen Gefallen zu thun, wenn er das Attest dahin ausstelle, daß der Reconvalescent nicht züchtigungsfähig sei. Aber er war dabei im entschiedensten Irrthum. Der Soldat protestirte mit aller Beredtsamkeit und Bitten dagegen, „da ihm holt die Prügel doch bleiben und er sie bald hinter sich haben wolle."

⌣ [Mit der Zuschlagung der ländlichen Ortschaften] Neudorf-Commende, Gabitz, Huben, Höfchen und Lehmgruben zum hiesigen Stadtbezirk, geht es doch nicht so rasch, als man anfangs glaubte. (Die Breslauer Zeitung hat dies schon vor längerer Zeit nachgewiesen.) Die gedachten Landgemeinden haben hierzu ihre Bereitwilligkeit erklärt und sind mit den Behörden der Stadt in Unterhandlung getreten. Es ist vor Allem eine statistische Nachweisung seitens des königl. Landraths-Amts nothwendig, so wie die Anfertigung eines, die bisherige Südgrenze des Stadtbezirkes und die Feldmarken der betheiligten Landgemeinden darstellenden Planes. Außerdem wird hierüber noch der Kreistag gehört werden müssen und es werden mit den königl. Steuerbehörden Unterhandlungen anzuknüpfen sein; endlich aber wird es seitens der städtischen Behörden selbst der reiflichsten Prüfungen und Erwägungen bedürfen, ob die Einverleibung der in Rede stehenden Gemeinden in den Stadtbezirk der Stadt Breslau von Nutzen sei. Es dürfte daher noch eine geraume Zeit vergehen, ehe die Zuschlagung jener Gemeinden zur Stadt erfolgen kann.

=e= [Seit der breslauer Künstlerverein] wiederum in's Leben getreten ist, hat er nicht nur für gesellige Vergnügungen, sondern mehr noch für die Interessen der Kunst gesorgt. Zunächst ist letzteres geschehen durch ein persönliches Nähertreten der Künstler zu einander. Obgleich von einer Seite diesen Zwecken entgegengearbeitet wurde und im Geheimen vielleicht noch wird, so hat sich der Verein nur noch enger aneinander geschlossen. Allein auch dem Praktischen hat sich der Verein zugewendet und für diesen Winter das Zeichnen nach lebendem Modell, sogenanntes Actzeichnen, eingerichtet. Er hat damit einem bis dahin sehr fühlbaren Mangel abgeholfen, namentlich für diejenigen, denen die Verhältnisse nicht gestatten, zu ihrer weiteren Ausbildung die vom Staate errichteten Anstalten zu besuchen. Gegenwärtig beabsichtigt der Verein, eine kleine permanente Ausstellung der Werke der dem Verein angehörenden Künstler zu veranstalten. Es wird auf diese Weise dem Publikum Gelegenheit gegeben, sich mit den Leistungen der hiesigen Künstlerwelt auf eine bequeme Art bekannt zu machen und somit nach beiden Seiten anregend und ermunternd zu wirken. — Der Vorstand der hiesigen Kaufmannschaft hat mit der größten Bereitwilligkeit den Zwingersaal zu diesem Zwecke für den Winter bewilligt und soll die Ausstellung Sonntag den 31. Jan., Vorm. 11 Uhr, eröffnet werden. Vorläufig findet diese Ausstellung nur an Sonntagen statt.

=bb= [Zur Oder.] Der Wasserstand der Oder ist bereits bis auf 14' 1" gestiegen. Hätte das Thauwetter länger angehalten und wäre Eisgang eingetreten, so würde vielleicht großes Unglück zu beklagen gewesen sein, da hier nicht mehr als 600 Schiffe festliegen. Bereits gestern mußte ein Schiffer wegen eines Lecks, welchen sein Schiff erhalten hatte, 70 Wispel ausladen. Das Eis hat immer noch die Stärke von 14".

△▽ [Studenten-Liedertafel.] Die gestrige Aufführung der Studentenliedertafel im Springer'schen Concertsaal war wie immer auch diesmal eine stark besuchte. Die vorgetragenen Piecen, welche mit bekannter Fertigkeit executirt wurden, erhielten zu wiederholtenmalen den lauten Applaus des Publikums. Am Schlusse gab das letztere durch Zuruf noch den Sängern zu erkennen, daß doch unter den jetzigen Umständen das „Schleswig-Holstein meerumschlungen" nicht hätte auf dem Programm fehlen sollen, weshalb auch trotz der schon vorgerückten Zeit unter imensem Jubel der Anwesenden dieses Lied noch zu Gehör gebracht wurde. — Das nächste im Monat Februar stattfindende Concert wird unter Mitwirkung des Herrn Rieger, Frl. Olbrich und anderer geschätzter Persönlichkeiten, zum Besten des zeitigen Directors, Herrn Oscar Lilge, gegeben werden. — Wie wir bereits in einer früheren Nummer dieser Zeitung erwähnten, hatte der Verein beschlossen, seine Mitglieder mit Farben-Abzeichen zu versehen. Dieses Project ist nunmehr ausgeführt worden und hat man als Abzeichen die Farben: blau, gelb und weiß gewählt, welche von den Betheiligten, ähnlich den Verbindungs-Studenten, bereits angelegt worden sind.

=bb= [Soiree des Herrn Friedrich Hegel.] Morgen Abend sieben Uhr wird der früher unserer Bühne angehörende und allgemein geschätzte Schauspieler Friedrich Hegel uns den Genuß bereiten, Goethes Meisterwerk „Iphigenia auf Tauris" im Musiksaale der Universität vorzutragen. Die Wahl des Stoffes so wie die Beliebtheit dieses Künstlers läßt eine rege Theilnahme von Seiten des Publikums voraussetzen.

= Den nächsten Sonntagsvortrag im Musiksaale der königlichen Universität wird Herr Professor Dr. Eberty halten, sein Thema ist: „Das Gesetz im Leben".

—* [Beerdigung.] Unter lebhafter Theilnahme wurde gestern Herr Buchhändler Max Friedländer, ein Ehrenmann der jüdischen Gemeinde, zur ewigen Ruhe bestattet. Treffliche Eigenschaften des Geistes und Gemüthes hatten ihm einen bedeutenden Kreis von Freunden und Verehrern erworben. Das edle Wirken des Verblichenen, der auch als Mitglied der Gemeindeverwaltung eine segensreiche Thätigkeit entwickelt hat, fand seine gerechte Würdigung in der ergreifenden Rede, welche Herr Rabbiner Dr. Joël am Grabe hielt.

=bb= [Eine weibliche Künstlerin.] In der Oder-Vorstadt ist seit einigen Tagen eine elegant eingerichtete Bretterbude aufgestellt, worin eine Fußkünstlerin, Louise Ebbighausen (18 Jahre alt und in Hannover ohne Arme geboren), sich dem Publikum präsentirt. Dieselbe besitzt die außerordentliche Geschicklichkeit, durch die Thätigkeit der Füße, resp. der Zehen, weibliche Arbeiten aller Art anzufertigen. Man findet von der Künstlerin eine Masse vollendeter Arbeiten zur Schau, sowie zum Ankauf vor. Ein Jeder, der diese Künstlerin besucht, erhält ein auf der Eintrittskarte vermerktes nützliches Präsent.

[Eine Obdachlose.] Gestern wurde eine dürftig gekleidete Frauensperson beim Betteln von einem Polizei-Beamten betroffen und verhaftet. Wie sich dann ermittelte, hat diese Person seit circa drei Wochen kein Obdach mehr und campirte während dieser Zeit über Nacht auf den Feldern in der Umgegend, wo sie sich in der Nähe von Wohnungen das Kehricht zusammensuchte und sich darauf bettete, nachdem sie das darin vorgefundene Stroh mühsam gesammelt und zur Decke benutzt hatte.

[Unfall.] Vorgestern Abend ritt eine Abtheilung österreichischer Cavallerie vom polnischen Bischof über die Rosenthaler-Straße nach dem märkischen Bahnhofe, um dort ihre Weiterbeförderung per Extrazug nach Berlin zu erfahren. An der Oderthor-Wache scheute das Pferd des einen Oesterreichers und stürzte, als es von seinem Reiter mit aller Gewalt zurückgehalten wurde, zu Boden; dabei muß es sich eine schwere innere Verletzung zugezogen haben, denn es war auf der Stelle todt. Der Vorfall machte begreiflicherweise viel Aufsehen und zog ein zahlreiches Publikum herbei. Der Marsch der Cavallerie-Abtheilung erlitt auch dabei einigen Aufenthalt, da das todte Thier zunächst fortgeschafft werden mußte.

[Die Theaterkapelle] brachte in ihrem gestrigen Concerte, Donnerstag, 28. Jan., die Mozart'sche D-dur Symphonie (in 5 Sätzen) mit so außerordentlicher Feinheit zur Ausführung, daß man dieselbe gern als eine würdige Nachfeier des Mozart'schen Geburtstages (27. Jan.) aufnehmen konnte. Lieblich und heiter, frisch und anmuthig, wie diese Tonschöpfung es im reichsten Maße ist, wurde sie auch executirt, und dabei insbesondere der gesangvolle Inhalt mit höchst edlem Ausdruck wiedergegeben. Diese „Cantabilität" des Mozart'schen Orchesters ist trotz des „überwundenen Standpunktes" von einem ewig fortreißenden Zauber, was selbst von Richard Wagner mit folgenden Worten sehr treffend hervorgehoben wird: „Er (Mozart) hauchte seinen Instrumenten den sehnsuchtsvollen Athem der menschlichen Stimme ein, der sein Genius mit weit vorwaltender Liebe sich zuneigte. Den unversiegbaren Strom reicher Harmonie leitete er in das Herz der Melodie, gleichsam in rastloser Sorge, ihr, der nur von Instrumenten vorgetragenen, ersatzweise die Gefühlstiefe und Inbrunst zu geben, wie sie der natürlichen, menschlichen Stimme als unerschöpflicher Quell des Ausdrucks im Innersten des Herzens zu Grunde liegt, — So erhob er die Gesangsausdrucksfähigkeit des Instrumentalen zu der Höhe, daß sie die ganze Tiefe unendlicher Herzenssehnsucht in sich zu fassen vermochte."

Der gefüllte Saal nahm die treffliche Leistung der Kapelle mit lebhaftem Beifall auf. M. K.

Der neue Jahrgang 1864 des „Illustrirten Familien-Journals" beginnt in einer Auflage von über 60,000 Exemplaren und bringt gleich in seiner ersten Nummer unter Andern einen echt patriotischen und zeitgemäßen Artikel, Blüchers Uebergang über den Rhein in der Neujahrsnacht 1814, aus der Feder des berühmten K. G. von Berneck und mit einer vortrefflichen Illustration von Otto Fikentscher. Dieser erhebende Moment aus der großartigen Geschichte der Freiheitskämpfe, den der berühmte Reiter-General zu einem folgenreichen Einbruch in das napoleonische Reich stempelte, ist noch neuerdings zu Caub am Rhein am 31. Dezember durch eine würdige Feier des Dankes und der Erinnerung festlich begangen und eine Gedenktafel auf der Rheinpfalz errichtet worden. Das „Illustrirte Familien-Journal" bringt durch diesen erhebenden Artikel und die lebendige Zeichnung zu demselben ebenfalls auf eine würdige Weise dem deutschen Volke die Großthaten seiner Väter in Erinnerung, und läßt in dem folgenden Artikel „Kyffhäuser" von Robert Geißler (mit Illustration) zugleich die altdeutsche Kaisersage vom Rothbart erklingen, so daß Gemüth und Thatkraft unserer Nation im ansprechendsten Gewande erscheinen. Das „Illustrirte Familien-Journal", durch die großartigen technischen Hilfsmittel seines Verlegers, der englischen Kunstanstalt in Leipzig, eben so splendid als billig hergestellt, schreitet so auf der breiten Bahn des deutschen Volkslebens in das neue Jahr, und nach dem bedeutenden Aufschwunge, den das Journal in jüngster Zeit genommen, darf es mit Gewißheit auf die allgemeine Theilnahme des deutschen Volkes rechnen.

[Oesterreichische Truppen in Holstein.] Ein Correspondent des „Vtrl." sendet aus Holstein einen Ausschnitt aus einem Lokalblatte, der Folgendes enthält: „Unseren Oesterreichern werden bereits die Uniformen zu eng ob der guten hamburger Kost. „Ist das a Städtl!" rief unlängst ein Böhme aus. „Wir schlofen gar auf Tobak!" Es stellte sich heraus, daß der Soldat eines Tages seinen Quartiergeber um eine andere Matratze bat. „Schauen's! i hob den „Kotzen" aufg'raucht", fügte er entschuldigend hinzu. Richtig! man hatte dem Bundestroupier eine Seegrasmatratze gegeben. Aus einer schadhaften Stelle war der Inhalt hervorgequollen und mein Böhme hatte das Seegras für guten ungarischen Tabak gehalten und sich die Pfeife damit gestopft, bis successive die ganze Matratze in Rauch aufgegangen war." Das ist doch wohl etwas zu starker Tabak.

Newyork. [Ein prächtiger Finanzminister.] Von Chases neuester Speculation mag eine 50-Centnote ein Beispiel geben. Dieselbe ist sehr hübsch gemacht und sieht eher wie eine feine Empfehlungskarte, denn wie Geld aus. Für den Finanzmann Chase ist sie auch eine Empfehlungskarte; denn wenn man das feine, schlechte, leicht spaltbare Papier betrachtet, so wird man finden, daß diese „Fractional Currency" zumeist wohl uneingelöst bleiben wird, da sie sich nach einem Cours von wenigen Wochen von selbst in Wohlgefallen auflöst.

Mit einer Beilage.